

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

86 (14.4.1913)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis: Jahresheft monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.
65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr.
Postfachkonto Nr. 2850.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinsertate
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Der friedenswille Englands.

Der Chemnitzer „Volksstimme“ wird von ihrem Londoner Korrespondenten geschrieben:

Eine der gefährlichsten Klippen der europäischen Politik wurde mit Hilfe Englands soeben umgeklippt. Das wird sowohl aus der Rede Sir Edward Grey in englischen Unterhause und der Rede Bethmann-Hollweg in deutschen Reichstage jedermann klar. Vielleicht wird diese Erkenntnis dazu beitragen, den Phantasien der Pantentonen (Alteutschen) Zügel anzulegen und den jattsam bekannten Redensarten vom perfiden Albion ein Ende zu bereiten.

Von der Haltung Englands hing in den letzten Wochen Krieg und Frieden ab. Die liberale Regierung hat sich wirklich groß gezeigt; anstatt einer der ausschlaggebenden Kriegsursachen zu werden, übernahm sie die Rolle der Hüterin des europäischen Friedens. Das war zu erwarten. Wer das zeitgenössische England nicht nach veralteten Schablonen mißt, konnte gar nicht anders denken. Die meisten Deutschen beurteilen England immer noch auf Grund von Erfahrungen, die sie im 18. Jahrhundert gesammelt haben. Seitdem hat England sehr erhebliche geistige Ummwälzungen durchgemacht und es befindet sich gegenwärtig in einer geistigen Gärung, von der die Deutschen noch sehr weit entfernt sind. Der Geist Englands ist gegenwärtig fast vollständig auf innere Probleme gerichtet. Ihm erscheint der Krieg ein ebenso barbarisches Entscheidungsmittel zwischen Völkern wie der Zweifampf zwischen Einzelpersonen. Es wäre ihm gegenwärtig nichts erwünschter als die Abrüstung, um die auf unproduktive Zwecke aufgewandten und aufzuwendenden Millionen sozialen Bedürfnissen und Kulturwerken widmen zu können. Alle Volkskrieger sind hier in Bewegung nach höheren Zielen: nach größerer Freiheit, nach mehr Gleichheit, nach höherer Gerechtigkeit. Und dies alles ohne Programm.

Das englische Volk macht sich keine Theorien, keine philosophischen Systeme. Es wächst mit Hilfe von Erfahrungen, deren Lehren es mehr intensiv erfährt und an ihnen festhält. Das geschieht fast unbewußt etwa so wie bei Bauern, die aus den täglichen Erfahrungen lernen und das Gelernte festhalten.

Seit der Entstehung der Arbeiterpartei weiß England, daß es wichtige innere Probleme zu lösen hat. Und es wird sich durch nichts von dieser Aufgabe abbringen lassen. In Deutschland nimmt man den Klassenkampf als etwas Selbstverständliches oder als Produkt sozialistischer Agitation hin. In England empfinden ihn die herrschenden Klassen wie ein Mißtrauensvotum, wie einen Beweis ihrer Unfähigkeit, das Land zu regieren. In Innern ihres Wesens beschuldigen sie nicht die Arbeiter, die in den Klassenkampf treten, sondern sie beschuldigen sich selber, daß ihre Regierungskunst nicht imstande sei, der Spaltung der Nation in zwei Völker vorzubeugen. Das gibt ihnen eine gewisse Unsicherheit in der inneren Politik, aber gleichzeitig die feste Direktive in der äußeren Politik, den Frieden zu bewahren und ihre Lage nicht noch mehr zu verwickeln. Bei einer parlamentarischen Regierungsweise, wo also die Minister in steter Verbindung mit den Volksmassen bleiben und von ihren Stimmen und ihrer Zustimmung fast täglich abhängig sind, macht sich der Volkswille direkt bemerkbar. Und die arbeitenden Massen sind noch weniger als die herrschenden Klassen geneigt, ihr Schicksal dem launenhaften Kriegsgötze anzubevertrauen.

Deshalb ist die englische Regierung friedlich. Und ihre Zugehörigkeit zur Ententegruppe gibt ihr die Möglichkeit, ihren Friedenswillen glänzend zu betätigen. Bei der gegenwärtigen europäischen Kräfteverteilung ist ihr Wille ausschlaggebend. In den letzten Wochen stimmte ihr Vertreter in der Völkervereinigung einigmal mit den Verbündeten: sie gab den letzteren die Mehrheit. Die Abgrenzung Albanien war der verwirrteste Knoten, den es aufzulösen gab. Wer über die gegenwärtige Geistesverfassung Englands im unklaren war, konnte den Ausbruch eines österrussisch-russischen Krieges befürchten. Österrussisch-Ungarn bestand auf die Zugehörigkeit Skutari zu Albanien, während Rußland sich auf Seite Montenegro und Serbiens stellte. In den ersten Tagen des Krieges war die russische Regierung durchaus friedlich gesinnt, aber seit der Abendung des Handschreibens des Kaisers Franz Josef an den Zaren brach sich in den slavischen Kreisen Rußlands die Ueberzeugung Bahn, daß Österrussland sich vor einem Kriege fürchtet. Die Panlawisten begannen sich zu rühren und auf die Regierung einen Druck auszuüben und sie zu veranlassen, zugunsten der slavischen Brüder einzutreten. Sie hielten die Zeit für gekommen, mit Österrussland abzurechnen. Nach ihrer Ansicht wäre Deutsch-

land viel weniger kriegsbereit als Frankreich. Italien — rechneten sie — würde die Gelegenheit eines österrussisch-russischen Krieges benutzen, sich die albanischen Gestade zu sichern, während England und Frankreich die deutsche Regierung in Sach halten würden.

Diesem Kalkül machte — wie die Panlawisten bitter klagen — die englische Regierung ein Ende, indem sie sich den Ansichten Österrusslands angeschlossen und Skutari für Albanien in Anspruch nahm. Andererseits hat Grey den Österrusslandern wichtige Konzessionen für die Montenegriner und Serben abgezwungen: Zpet, Prizrend, Dibra und Diakova wurden in das slavische Reich eingeschlossen.

Auf diese Weise wurde das europäische Konzert einigermaßen zusammengehalten und der Friede gesichert. Die gemeinsame Flottendemonstration ist der sichtbare Beweis des einheitlichen europäischen Willens. Rußland wurde von der Teilnahme an der Demonstration dispensiert, aber es gab doch seine Zustimmung zur französischen und englischen Beteiligung. Aber wir sind noch nicht über alle „schwarzen Berge“. Die starrsinnigen Montenegriner und die fanatischen Panlawisten werden noch der offiziellen russischen Politik manche schwere Stunde bereiten. Jedoch wird der Jar — angelehnt der Haltung Englands und Frankreichs — nichts unternehmen, was den europäischen Frieden aufs Spiel setzen könnte. Die Panlawisten werden demonstrieren, Lieder singen und sich in Kriegsbegeisterung verheben, aber ebenso wenig Entschendes leisten, wie die Rangenmanen während der Marokkoaffäre.

Der panlawistische und vangermanische Kriegsfanatismus bricht sich am festen Friedenswillen Englands.

Der Imperialismus ist kein absoluter, sich gewaltsam durchsetzender Faktor. Er findet sein Gegengewicht in einer nach Sozialreform strebenden Demokratie.

Die Bedeutung der 110.

Ueber die Stimmung in den Regierungskreisen schreibt der parlamentarische Berichterstatter der Frankfurter „Volksstimme“:

Aber auch die Herren ohne breite Hofentziefen fangen an, zu begreifen, was hundert und zehn Sozialisten im Reichsparlament bedeuten. Unseres Wissens haben noch bei keiner Militärvorlage die Regierungsbereiter so sorgfältig jeden Ausfall auf die „vaterlandslose“ Sozialdemokratie vermieden, als diesmal. Ueber der Reichstanzler, noch der Kriegsminister, noch der Finanzsekretär verhielten sich nur, sich an uns zu reiben, und wir haben doch wahrhaftig auch schon vor der Parlamentseröffnung keine Würdiger aus unserer Herzen gemacht. Man könnte nun erwidern, die Regierung übe sich im Übersehen, und das sei auch eine staatsmännische Kunst. Aber das trifft nicht zu. Der Reichstanzler tut mehr. Er folgt seit Tagen gegen seine frühere Gewohnheit den Ausführungen unserer Redner mit großer Aufmerksamkeit. So vorher bei Haase und Scheidemann und Franz, so heute bei Südekum. Den Steuerleuten des Deutschen Reiches beginnt zu dämmern, was es heißt, daß ein Drittel der Mannschafft rebellisch ist. Da ist mit dem „vornehmen“ Ignorieren, wie mit dem Beschimpfen vorbei. Man kann Kanzlern und Staatssekretären und allen wirklichen, geheimen oder nicht geheimen Mägen nur raten, so weiter zu lernen. Uns würde nicht schaden und ihnen nur nützen!

Die Stimmung in den oberen Regionen wird noch ganz anders umschlagen, wenn unsere Partei das volle Gewicht ihrer politischen Bedeutung in die Waagschale wirft.

Die Einladung zu einer deutsch-französischen Berständigungskonferenz

Ist jetzt von Mitgliedern verschiedener Parteien des schweizer Nationalrats ergangen. Die Konferenz soll am 20. April in Bern stattfinden. Das Einladungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Unsere Nachbarländer Deutschland und Frankreich sind im Begriff durch verstärkte Einstellung von Rekruten und durch Verlängerung der Dienstzeit ihre stehende Heere bedeutend zu vergrößern. Es liegt den Unterzeichneten eine Vermischung in die inneren Angelegenheiten dieser uns befreundeten Nationen durchaus fern, aber sie beobachten die Entwicklung der Rüstungen mit schmerzlichem Interesse, weil unser Land durch zahllose wirtschaftliche und kulturelle Bande mit den beiden Völkern verknüpft ist, und sie leiten daraus das moralische Recht ab, ihre Dienste in wohlmeinender Weise anzubieten. Nicht sowohl der Inhalt, als der Zeitpunkt der Einbringung der deutschen und der französischen Behörvortragen ist geeignet, Beunruhigung hervorzurufen und selbst den europäischen Frieden zu gefährden.“

Alle jene Volksvertreter, die sich dieser Erkenntnis nicht verschließen, werden es als wichtigstes und erreichbares Ziel betrachten, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Rüstungsfrage herbeizuführen. Um den Mitgliedern der beiden Parlamente, die in dieser Auffassung mit uns einig gehen, Gelegenheit zu gegenseitiger Aussprache auf neutralem Boden zu geben, und um einen Weg zu dem Ziel der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu finden, erlassen die Unterzeichneten, verschiedenen Parteien angehörig, die Einladung zu einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz auf Sonntag, den 20. April, nach Bern.

Die Teilnehmerliste sowie alle näheren Mitteilungen über Organisation der Konferenz werden folgen.

Georgos (konf.), Dr. Gubat (frei.), Greulich (Soz.), Grimm (Soz.), Wegler (Dem.), Turati (konf.), Dr. Michel (frei.), Hübner (frei.), J. Scherrer, Fülleborn (Dem.), Dr. Seiler (konf.), Jean Sigg (Soz.), Stoffel (frei.), Otto Weber (Dem.).

Der „Bad. Beobachter“ hat gemeint, die Einladung werde nur von Sozialdemokraten unterzeichnet und befolgt werden. Mit Ausnahme der Alerikalen, die heute in fast allen Staaten die Rolle der Kriegsheber spielen, haben Vertreter aller Parteien den Aufruf unterzeichnet. Verschiedene bürgerliche Parlamentarier aus Deutschland und Frankreich sollen ihre Teilnahme an der Konferenz schon zugesagt haben.

Der Sieg der Militärkamarilla.

Die katholische „Westfälische Rundschau“ in Warendorf setzt ihren Kampf gegen das militärisch verfechtete Zentrum entschieden fort. In ihrer Nummer vom 9. April schreibt sie u. a.:

„Wahrheit ist, daß die Militärvorlage nicht aus äußern, sondern aus innern Machtverhältnissen entstanden ist, sie bedeutet einen Sieg des persönlichen Regiments und der militärischen Kamarilla über die verantwortlichen Stellen. Den Männern des Wehrvereins, den alldeutschen Generalen a. D. ist es gelungen, den wieder ungewöhnlich bewegungs- und rebeduligen Kaiser Wilhelm für ihre alten, ohne Rücksicht auf den Balkankrieg entstandenen Forderungen zu gewinnen. Jubelstimmung, Festspiele, romantisch verfarbte geschichtliche Erinnerungen, das Hurtagelächel der das „Volk“ darstellenden Statisten sind die Geburtsheifer des Ungehens. Und das Spießbürgertum, das vor fünf Jahren über persönliches Regiment und Kamarilla nicht genug kämpfen konnte, duckt sich patriotisch unter das Machtwort: „sic volo, sic jubeo, stat pro ratione voluntas“. So will ich, so befehle ich, und wenn ich will, sind Gründe überflüssig! . . . Es ist kein Sinn und Verstand in diesem Kampf des Autokratischen, und wären die Parteien nicht in die Sklaverei der Frage verurteilt, der Reichstag müßte diese Militärvorlage mit einem Schrei der Entrüstung wegstoßen. Aber anscheinend lebt jede Partei in ewiger Angst, durch selbständig-verständiges Verhalten ihre taktische Stellung zu gefährden. Die heinische Opposition gegen diese unmögliche, von Entfällen und Stimmungen franthaft beeinflusste Militärvorlage wird weiter wüsten im Volke, in den Parteien, in den Regierungen, selbst an einsichtigen militärischen Stellen, die ganz genau wissen, daß die Dinge so, wie sie jetzt gemacht werden, eben nicht gemacht werden dürfen.“

Stimmt! Leider besteht keine Hoffnung, daß die bürgerlichen Parteien den Mut finden, die Wehrvorlage abzulehnen. Nicht einmal die Fortschrittler können sich dazu aufschwingen, aus lauter Angst, sie könnten in einen falschen Verdacht kommen.

Die Prämie.

Ein russisches Communiqué gibt zu, daß Väterchen Jar, überdies der oberste Bischof von Montenegro, seinem Freunde Nikita Geld, Waffen und Soldaten angeboten hat für den Fall des Loschlagens gegen den Halbmond.

Väterchen behielt sich nur die Regie vor, für das Vorspiel wie für das Nachspiel, das der europäische Krieg sein sollte.

Jetzt, da trotz des Geheimvertrags mit England und Frankreich die Darbanellenrechnung nicht stimmt, wird Nikita als Sündenbock in die Wüste geschickt.

Er, der kein Augenlid bewegte, wenn es Väterchen Jar nicht billigte, soll zu früh angefangen haben und ohne Vorwissen seines Herrn. So steht es im „Communiqué“.

Aber der Oberste aller Hammeldiebe kennt seinen weißen Jaren. Hat er nicht das Geld erbeut, das Popowitsch, der Postdirektor, im Auftrage Nikitas den Österrussen stehlen mußte?

Hat er nicht Nikita zum König gemacht und den Oberhammeldieb in eine Reihe gestellt mit den Dynasten der Großstaaten?

Hat er nicht Huld und Schutz zugesagt und neues Land, wenn der große Plan gelingt?

Ei ja, ei ja, der große Plan ist nicht gelungen — noch nicht! Danilo, der Unglückswurm, ist zu spät vor die Feste der Kula-bewohner und Bluträcher gekommen. Tapfere Hammeldiebe zu mutig ins Feuer für Nikita. Drei Viertel der Jugend abgeschlachtet. Ruhlos!

Ruhlos? Nein, die Wüste, in die der blingelnde Jar seinen Nikita schickt, ist eine goldene Wüste. Und so büßt der König der Schwarzen Berge gern für seinen erhabenen Freund. Zwanzig Millionen zinslos, vielleicht gar dreißig Millionen Entschädigung.

Eine hübsche Prämie auf den Massenmord. Und die Verfleischten, die dem Tode entgegenfallenden Verblümmelten, die Toten selbst sind ja für das Vaterland gefallen. Für das geliebte Vaterland, dem Nikita, der König, vorsteht und Danilo, sein herrlicher Sohn.

Montenegrinische Mütter weinen nicht, denn sah man jemals ein Lasttier weinen?

Gold für Blut. Das ist der Lohn Europas für Nikita, den Liebling des weißen Jaren.

Das Gesetz der Bestie triumphiert.

Seite 8.
ürzen
äger und
ei in gut.
unc
95
1.10
1.45
aus gut.
Dessins
95
1.25
h&c
alta-
eln
Pfa.
Pfa.
r-
eln
Pfa.
Pfa.
s-
e
Pfa.
at
Pfa.
en-
5
Pfa.
n
883
Pfa.
St. links
immer
räuleit

fort mit dem Einjährigenprivileg.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Beibehaltung des Einjährigenprivilegs bei gleichzeitiger Erhöhung der Präsenzstärke geradezu eine Grausamkeit gegen die Nichtprivilegierten bedeuten würde. Wird das Einjährigenprivileg abgeschafft, dann können ohne daß sich die Gesamtpräsenz verringert, 7500 Soldaten gesparrt werden. 7500 minderjährige und Söhne von Familien, die durch die Wehrpflicht schon übermäßig belastet sind. Wird es beibehalten, dann müssen auch diese letzten 7500 in die Kaserne!

Es ist bestritten worden, daß die geplante Erhöhung der Präsenzstärke eine Herabsetzung der bisherigen Ansprüche an die Tauglichkeit notwendig macht. Gegen diese Ablehnungsversuche wendet sich die „Post. Ztg.“ mit ausführlichen statistischen Nachweisungen, wobei sie zu diesem Ergebnis gelangt:

Tatsache ist übrigens, daß die Zahl der „unbedingt Tauglichen“ niemals die Ziffer 55 v. H. erreicht hat und daß niemals mehr als 56 v. H. eingestellt sind. Dagegen ist in den letzten Jahren wiederholt Mangel erhoben worden, daß die Zahl der „unbedingt Tauglichen“ in stetigem Rückgang begriffen ist (im Jahre 1910 nur 53 v. H.), was mit dem Uebergang vom Agrar- zum Industriestaat begründet wird. Das wird in den nächsten Jahren zweifellos weitere Fortschritte machen.

Also jeder Einjährig-Freiwillige, der nach einem Jahr abgeht, muß durch einen minderjährigen Mann aus dem Volke ersetzt werden. Die Militärlazarette werden sich füllen mit Opfern des Einjährigenprivilegs! Glaubt man wirklich unter solchen Umständen das Vorrecht der bestehenden Klassen aufrecht erhalten zu können? Es ist Pflicht des Reichstags aus Anlaß der neuen Militärvorlage, falls diese wirklich Gesetz wird, mit dem Einjährigenprivileg reinen Tisch zu machen.

Deutsche Politik.

Wer hat angefangen? Die Erklärung des Reichskanzlers, daß er schon im November v. J. an dem Plan einer neuen Militärvorlage festgehalten sei, wird von der Pariser „Banque“ folgendermaßen glossiert:

Jetzt besteht nicht länger ein Zweifel. Wir haben das Geständnis des Reichskanzlers. Es war im November 1912, da die deutsche Reichsregierung den Plan erformt hat. Zu jener Zeit war weder in Frankreich, noch irgend sonstwo von irgend einer Vermehrung der Truppenbestände die Rede. Deutschland ist es also gewesen, das angefangen hat.

Auch die „France“, verweist bei dieser Feststellung und schließt:

Die Projektbedeutung sind angeht, die Sache ist erledigt. Seien wir dem Nachfolger Bismarcks dafür dankbar, daß er die Verhandlungen durch die einschneidende Versicherung ausgeführt hat.

Durch diese Neuformungen wird nicht nur die leidige Tatsache festgestellt, daß es wieder einmal Deutschland gewesen ist, das angefangen hat, in ihnen tritt auch der Wunsch zutage, durch den Verzicht Deutschlands auf die Heeresvermehrung von der drohenden Last der dreijährigen Dienstzeit befreit zu werden. Dieser Wunsch ist begründet und verdient in Deutschland die stärkste Beachtung.

Aberglaube und Erbrecht des Staates. Unter den neuen Steuerentwürfen befindet sich auch das Erbrecht des Staates. Entfernte Verwandte sollen künftig, wenn kein Testament vorhanden ist, nicht mehr erben, an ihre Stelle tritt der Staat. Das Erbe wird dann zwischen Reich, Bundesstaat und Gemeinde aufgeteilt. Gegen dieses Erbrecht des Staates wenden sich mit aller Entschiedenheit die Konservativen und die „Kreuzzeitung“ sammelt bereits eifrig Material, das gegen diese Steuer ins Feld geführt werden kann. Dieses Material ist um desto williger, wenn sie ohne Interesse, weil sich aus ihm gewisse Schlüsse auf konservatives Selbstleben ziehen lassen. So läßt sich die „Kreuzzeitung“ von einem Landarzt schreiben:

„Es besteht in vielen Kreisen, namentlich bei kleineren Leuten, aber auch in der jünger, besseren Gesellschaft, ein eigenartlicher Aberglaube, welcher viele Leute die Ansicht hegen läßt, daß eine Ordnung ihrer zeitlichen Verhältnisse, d. h. die Errichtung eines Testaments, für sie eine Verkürzung ihres Lebens bedeute. „Wenn man ein Testament errichtet,

stirbt man bald.“ Diese Aeußerung kann man häufig vernehmen, und die oft sehr notwendige Testamenterrichtung wird bei dem besten Wohlwollen für allenfalls in Betracht kommende entferntere Verwandte immer wieder hinausgeschoben, bis sie unmöglich geworden ist.

In solchen Fällen kann es vorkommen, daß durch Ableben des Erblassers ohne Testament zugunsten des Fiskus entfernte Verwandte benachteiligt werden, ohne daß dies im Willen des Erblassers lag, er war einfach infolge seines Abergläubens so schwach, zu rechter Zeit das zu tun, was er eigentlich tun wollte.“

Statt nun diesen Abergläubigen zu bekämpfen, kämpfen die Konservativen gegen das Erbrecht des Staates. Uebrigens sind auch bei der Beratung des Kurpfusereigesetzes die Konservativen die eifrigsten Vertreter des Abergläubens gewesen. Dofontlich treibt sie der Abergläubens nicht noch dazu, daß sie überhaupt keine Steuern mehr zahlen werden.

Das ist von Eraberger entschieden zuviel verlangt. Die „Essener Volkszeitung“, ein Zentrumsbblatt, das dem Talglicht von Buntenshausen schon öfter derbe die Meinung sagte, schreibt zu Eraberger Rede zur Wehrvorlage:

„Zur Rede des Abg. Eraberger bemerkt die „Rhein. Weiff. Zeitung“, daß sie bei ihrer Weiffschweigheit beim ermüdenden Hause nur zeitweilig Aufmerksamkeit gefunden habe. Das hat uns auch so scheinen wollen. Es war höchst unnützlich, daß Herr Eraberger sich auf das Gebiet der auswärtigen Politik begab; Herr Dr. Spahn hatte hier doch schon alles Nötige gesagt und irgend einer Korrektur bedürftigen seine Ausführungen nach dieser Richtung gewiß nicht. Neue Gedanken hat der Abg. Eraberger auch gar nicht vorgebracht. Wiederholungen aber langweilten. Etwas mehr Selbstbeschränkung darf auch schon im Interesse der überbürdeten Presse gewünscht werden.“

Das kommt davon! Vor der Reichstagswahl 1912 triftete der konservativ Reichstagskandidat im Wahlkreis Grünberg-Frehsbad, Geheimrat Veuchelt, für die Stadt 200 000 M. Darüber wurden Loblieder in allen Tönen angestimmt. Aber trotzdem wurde der freigebige Herr Geheimrat nicht gewählt, sondern mußte den Wahlkreis einem Sozialdemokraten überlassen. Heute hört man nichts mehr von Lobliedern. Das ist begreiflich, wenn man erzählt, daß der Herr Geheimrat sein Geschenk an die Stadt auf — 50 000 M. reduziert hat. In der Wirklichkeit ist der Stadt aber gar nichts oder sehr wenig geflossen worden. Der konservativ Geheimrat war auch lange Jahre Räuber der Grünberger sächsischen Oberwaldjagd, für die er 3000 M. Raub bezahlte. Dieser Tage ist die Jagd meistbietend neu verpachtet worden. Das Meistgebot gab ein Berliner Sommerrentier mit 7800 M. ab, also 4800 M. mehr, als Herr Veuchelt im Grünberg lange Jahre gezahlt hat. Dem konservativen Räuber dürfte es also gar nicht schmer gefallen sein, der Stadt Grünberg 50 000 M. als „Geschenk“ zu überweisen.

Ausland.

England.

Ausdehnung der Kinderschutzgesetzgebung. Zur Erweiterung der bestehenden Schutzgesetze: des Kinderarbeitsgesetzes von 1903 und des Kindererbesgesetzes von 1906, hat die Regierung einen Entwurf betr. Regelung des Straßenhandels veröffentlicht. Das Gesetz, das für Irland nicht gelten soll, bestimmt: 1. Ausdehnung der bisher auf Kinder unter 14 Jahren beschränkten Bestimmungen über Leben und Tragen schwerer Räder und sonst schädliche Beschäftigungen auf Jugendliche bis zu 16 Jahren. — 2. Verbot des Straßenhandels (auch mit Zeitungen, Zündhölzern, Blumen), ferner des Spielens, Singens, Schuttpubens und ähnlicher Tätigkeiten auf Straßen und Plätzen, für Jungen unter 17 und Mädchen unter 18 Jahren. Ausgenommen sind die vor Inkrafttreten des Gesetzes beschäftigten männlichen Personen, die eine Genehmigung der Ortsbehörde erhalten. Die Genehmigung darf nicht erteilt werden, wenn die Behörde insstande ist, dem Jungen eine passende Beschäftigung zuzuwenden. Ferner können nicht mehr schulpflichtige Kinder zum Besuche einer Fortbildungsschule angehalten werden. Weitere Ausnahmen sind zulässig für Kinder über 14 Jahren, die ihren Eltern oder Verpflegern in einem erbbaren, die Hauptquelle des Familienunterhalts bildenden Gewerbe beschäftigt sind. — Das Gesetz soll weiter nicht gelten für Orte unter 10 000 Einwohnern. Dori soll die Altersgrenze 11 Jahre sein. — Wie man sieht, eine Reihe erheblicher Einschränkungen. Doch bedeutet die Ausdehnung des Schutzes bis zu 17 bzw. 18 Jahren zweifellos einen bedeutenden Fortschritt.

Amerika.

Ein Fortschritt zur Demokratie. Der Landtag des Staates Connecticut hat dem Antrag auf Abänderung der Bundes-

verfassung: direkte Wahl der Bundeskennatoren in den einzelnen Staaten, zugestimmt. Damit ist die erforderliche Dreiviertelmehrheit der Staaten zusammen, so daß die neue Fassung nunmehr in Kraft treten wird. Der Senat besteht aus 96 Mitgliedern, 2 aus jedem Staate ohne Unterschied der Größe, die bisher von den Einzellandtagen gewählt wurden. Der Senat, der alle 2 Jahre zu einem Drittel erneuert wird und den Vizepräsidenten der Union zum Präsidenten hat, nimmt eine wichtige Stellung ein. Er hat die vom Präsidenten ernannten Minister zu bestätigen, Verträge zu genehmigen und Anklagen gegen Beamte des Bundes zu entscheiden. Bisher war der Senat als das Parlament der Millionäre und ein Hort der Korruption bekannt. Es muß sich zeigen, ob die Urbähler bei direkter Wahl sich eine bessere Vertretung schaffen werden.

Vereinigte Staaten.

Mafnahmen gegen Japaner. Der japanische Votchschafer in Washington hat bei der amerikanischen Regierung Vorstellungen gemacht wegen des Geschenkmordes im Staate Kalifornien, der den Japanern dort die Erwerbung von Grund und Boden verbieten soll. Präsident Wilson hat deshalb einem Vertreter Kaliforniens im Kongreß erklärt, er hoffe, daß der Staat keine Maßregeln beschließe, die die Bundesregierung in Konflikt mit ihren vertraglichen Verpflichtungen versetzen würde.

China.

Die Reform der Salzsteuer. Die Regierung führt mit Behändigkeit die Reform der Salzsteuer durch. Sie hat für verschiedene Aenten geeignete Chinesen ernannt und organisiert ferner eine Salzinspektion. Weiterhin hat sie die britischen, amerikanischen, deutschen, japanischen und dänischen Vizekonsuln gemäß der von Juanochi am 15. Januar 1913 erteilten Anfindigung des Finanzministeriums ernannt. Die Ernannten sind alle Leute von anerkanntem Fähigkeit.

Badische Politik.

Sehr zutreffend

bemerkt die nationalliberale Wochenschrift „Deutscher Volksbote“ zu der Reichstuhpropaganda für die Zentrumspresse:

Wollte der Staat in ähnlichem Sinne verfahren, so würden sich die heftigsten Zustände ergeben, die den heftigsten Widerstand des Zentrums fänden. Da die Parteien vom Staate bezahlt werden, sollten sie doch wohl auch Diener des Staates sein. Wie wärs nun, wenn man ihnen zumute, für einen „Staatsanzeiger“ tätig zu sein? Wie wärs auch nur, wenn man ihnen runderweg verbieten würde, stänbig gegen die staatliche Selbstständigkeit zu arbeiten, wie das oft gepredigt geschieht? Also da ist etwas faul im Staate Dänemark und alle Kunstgriffe können uns über diese elementare Tatsache nicht hinwegbringen.“

In der Tat würde es zu den tollsten Zuständen führen, wenn die Staatsbeamten im „Interesse des Staates“ sich dieselben skandalösen Uebergriffe in ihren Befugnissen zu Schulden kommen ließen, wie die geistlichen Zentrumssagitatoren. Die Zentrumspresse wäre die erste, die Feder und Mordio schreien würde.

Wenn der terroristische Unfug dieser Reichstuhlagitatoren nicht aufhört, dann muß die antikirchliche Presse entschiedener als bisher den Kampf gegen diesen Mißbrauch führen und wenn das alles nichts nützt, müssen die durch die politisierende Klerisei Belästigten zur Selbstverteidigung greifen und den Herren an Ort und Stelle so deutlich wie möglich das Nötige bemerken. Wenn die Klerisei selbst keine Rücksicht auf den „geheiligten Ort“ nimmt, brauchen es die Andern erst recht nicht.

Das patriotische Zentrum.

Dem Zentrum lag das Wohl des Vaterlandes bekanntlich von jeher zunächst am Herzen. Das wird ja von den Zentrumsbältern alle Tage selbst zugestanden. Das Zentrum ist aber grundsätzlich allen Ausnahmefällen feindlich gesinnt; es dürfen keine Ausnahmefälle bestehen; sie müssen abgeschafft werden. Das hörten wir alle Tage während der Feiutenbewegung. Der nationalliberale „Deutsche Volksbote“ in Karlsruhe hört nun von eingeweihter Seite, daß das Zentrum aus diesen Gründen und angesichts der Tatsache, daß vom deutschen Volke eine gewaltige Leistung für die neue Wehrvorlage verlangt wird, folgende Anträge vorbereitet:

Der Baldamus und seine Streiche

Von Ostar Wöhrl.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

In Caserta wurden wir von einem Wolkenbruch überzogen und wollten im königlichen Schloß, das uns am nächsten war, Unterstand suchen. Die Wache aber sah uns warf uns hinaus. Wir wanderten staubend dem schönen Neapel zu. Die Wege waren aufgeweicht und in einem trostlosen Zustand. Der Dreck lag so hoch, daß er uns oben zu den Schuhspitzen hineinließ. Doch fanden sich viele Weinkneipen, die zeitweise Vergessen und Trost spendeten; natürlich nur gegen Geld.

In Neapel suchten wir die Kundenpenne in der Nähe des Hafens auf. Wir schliefen auch dort. Tagsüber saßen wir im Café, das zur Penne gehörte, schloßten Zitronenwasser und spielten Karten. Ober wir kochten auf deutschen Schiffen ab. Doch war nicht viel zu holen, alles war überlaufen.

Mir wurde täglich niedriger. Ich sieberte, hatte Schüttelfröste und häufige Ohnmachten. Die Kunden lachten mich aus und sagten, ich solle mehr auf die Fahrt gehen und schauen, daß ich etwas zusammenbringe und mich einmal sattfressen, dann würde die Sache schon besser werden. Ich wußte, was Schuld war: das Wasser, das ich in den Pontinischen Sümpfen getrunken hatte. Als sich mein Zustand verschlimmerte, schleppte ich mich ins Deutsche Hospital hinaus. Der Arzt untersuchte mich, stellte hohes Fieber fest und behielt mich gleich da. Nach drei Wochen durfte ich aufstehen und sah oft stundenlang auf der Terrasse, von wo aus ich einen schönen Rundblick über Stadt und Bucht hatte. Hier oben schloß ich mit einem Schneidergesellen Bekanntschaft, der die Ausgebrung hatte. Der arme Kerl wußte nicht, wie schlimm es um ihn stand, nein, er hoffte jeden Tag neu, daß er bald entlassen würde und aus dem dreifigen Italien fort könne, heim zu seiner Mutter. Es zerriß mir das Herz, wenn ich ihn davon reden hörte.

Noch bevor er starb, wurde ein Kindermädchen eingeliefert, eine Baslerin, die Tage und Nächte hindurch schrie, daß es jedem durch Mark und Bein ging und keiner mehr schlafen konnte. Nach einer Woche war sie erlöst und wurde begraben.

Das war im Süd, im Sonnenschein, Da gruben sie ein Mädel ein, Ein deutsches, das, gestorben. Ich habe die Note nicht gekannt Und doch gemeint, als hart der Sand, Auf Sarg und Perkranz rollte. Wie gehts ihm mir? Ob unbekannt Den Eltern fern, dem Heimatland Ich auch so fremd verderbe? Und wenn sie mich ins Grab senkt, Ob auch ein Herze mein gedenkt Mit Tränen, ja mit Tränen?

D, ich bin in jenen Nächten um Jahre älter geworden und habe nachgelesen und mit den Gedanken gerungen, die mich wie Tiere umlauerten, anspringen und ihre Gifttaten in die Seele schlugen. D, dachte ich, wenn ich zum Fenster hinaussah auf die Meerwellen und die vielen Nachtsterne, o, dachte ich, ihr Sterne da droben, seid ihr auch Welten wie die Erde mit so viel Nöten und Qualen. Hat auch euch ein Schicksal hingestellt und mit Glend und Giftschwären überstreut. Gibt es auch bei euch Reiche und Arme, Krüppel und Wohlgestaltete. Sind eure Tränen so bitter wie die ungerigen, klopfen eure Herzen auch so ungestüm gegen die Brustwand wie meines und möchten die Wolken herunterhauen, die vor der Sonne stehen. Wüßt ihr, was Hunger ist, was Glend, Krankheit und Untergang, daß einer fort muß in seiner schönsten Zeit ins Dunkel und nicht mehr aufsteht und wiederkommt, daß Hohlköpfe, Wurmzüge und Angefaulte dick und fett werden und nicht sterben wollen. Scheinen eure Monde auch auf Leiber, die sich selber zum Ekel sind und doch täglich ausgeben und verzeihen müssen des Brots willen und krank und alt und müd werden und Spitäler ausfüllen und unter Schlächtermessern sterben. Sagt man euren Hundern auch

die Schädeldecken ab, gießt ihnen Zed ein und mordet Leben des Lebens willen. Sind eure Gassen und Häuser auch mit Schuften angefüllt und Laten und Gescheuissen, die zum Himmel stinken und das Vertrauen vergiften. Nacht auch euch Entsetzen an, wenn ihr in euch hineinschauet, die Gründe und Untergründe abtastet und durchleuchtet und das Gewürm seht, das die Herzen umschleimt und umfrieht und nicht frei und selig werden läßt. Eure Kirchen, stehen sie auch neben Scharotten und Kriegsmaschinen, meinen auch bei euch hinter Gitterfenstern gepeinigte Seelen ihrem verlorenen Leben nach. D, es war zum Wahnsinnigerwerden mit solchen Gedanken und Grübeln. Mit dem Gesundwerden ging es darum langsam.

Als ich entlassen wurde, schrieb ich Tiller eine Karte. Er holte mich ab und wir beschloßen, ins Unteritalienische zu gehen. Da ich noch schwach war, mußte ich oft niederstürzen. Wir marschierten auf den Vesuv zu und stiegen den Gleisen der elektrischen Bahn nach, die bis zum Observatorium führt. Etwas weiter gipfelzu standen Fremdenführer. Diese ließen uns nicht weiter. Sie verlangten, daß wir ihre Dienste in Anspruch nehmen sollten. Als wir nicht auf ihr Geschwätz eingingen und weiterschrritten, kamen uns einige nachgesprungen und rissen uns zurück. Es entstand eine Balgerei. Das Ende davon war, daß Tiller und ich den Berg hinunterfugelten und an einer Lavamauer mit zerfallenden Fenstern und Ellenbogen und zerfressenen Gosen liegen blieben. Wir verwünschten den Unglücksberg und hinkten dem Meere zu. Nachts schliefen wir bei einem Bauern. Beim Weitermarsch passierten wir Castellamare und kamen nach dem vielgepriesenen Sorrento. Der Bürgermeister, der deutsch verstand, warnte uns, weiter zu gehen; er sagte, wir müßten verhungern. Das fürte uns nicht, wir wußten ja, wie solche Ratschläge einzuschätzen waren. Tags darauf liefen wir über das Gebirge nach Positano. Die Gegend war unbegreiflich schön, besonders als wir das Meer erreichten und der Küste nachgingen. Ein Wagen mit vier deutschen Espiechern überholte uns. Doch das fürte unsere Freude nicht, auch nicht

1. Die Befreiung der katholischen Geistlichkeit vom Militärdienst wird aufgehoben. Katholische Geistliche sind ebenso gut militärfähig, wie die evangelischen Geistlichen und wie jeder andere deutsche Staatsbürger auch.

2. Die gewaltigen Kirchenvermögen, die heute als „tote Hand“ unbesteuert sind, werden gleichfalls zur Besteuerung herangezogen, wie das recht und billig ist, denn wo jeder zahlt, alle deutschen Bundesfürsten, da will die katholische Kirche nicht zurückbleiben.

Das nationalliberale Blatt, das diese interessante Mitteilung in seiner ersten Aprilnummer bringt, nimmt an, daß der Widerstand, der diesen Anträgen auf Aufhebung von Ausnahmegeetzen entgegengekehrt werden könnte, vom Zentrum durch Volksversammlungsproteste ebenso energig bekämpft werden wird, wie dies beim Jesuitengefeß geschied.

Genossenschaftsbewegung.

* Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen. Der Gesamtverband des Bad. landw. Genossenschaftsverbandes hielt letzter Tage seine zweite Frühjahrssitzung ab. Beschlossen wurde die Aufnahme von 26 neuen Verbandsvereinen, und zwar 4 landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzvereine, 10 landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaften, 8 Milchabgabegenossenschaften, 1 Mühlenvereinigung, 1 Viehwirtschaftsgenossenschaft, 1 Brennereigenossenschaft und 1 Schneckenabgabegenossenschaft. Nach den Abgängen beträgt der heutige Stand 86 Verbandsvereine. Die Sitzung erledigte sodann die Jahresrechnung und bestimmte, daß der Verbandstag am 15. Mai in Karlsruhe im großen Festhallaal abgehalten werden soll. Die Tagesordnung enthält zwei Vorträge über zeitgemäße Fragen von genossenschaftlichem und volkswirtschaftlichem Interesse. Zu dem Mittagsessen in Wiesbaden stattfindenden deutschen Genossenschaftstag werden 2 Mitglieder des Gesamtverbandes delegiert.

Die Zentralkasse der Bad. landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften wird am 15. Mai im kleinen Festhallaal in Karlsruhe ihre Generalversammlung abhalten.

Kommunalpolitik.

Stimmzettel mit Kennzeichen? Eine Entscheidung des großh. Verwaltungsgerichtshofes besagt: Mit der Einsprache gegen die Bürgerauswahlgewalt (der 1. Klasse) wurden 2 Stimmzettel beantragt, von denen der eine (für eine 6jährige Amtsdauer) einen grünen und der andere (für eine 3jährige Amtsdauer) einen roten Flecken auf der Rückseite hatten. Es wurde geltend gemacht, daß diese beiden Stimmzettel mit einem Kennzeichen versehen und daher ungültig seien. Der Gerichtshof hat die beiden Stimmzettel aus folgenden Gründen für gültig erklärt: Liegt sich auf einem Stimmzettel ein nur bei genauer Untersuchung wahrnehmbarer unbedeutender Flecken entdecken, dessen Herkunft den Zufällen zugeschrieben werden kann, mit denen nämlich bei der durch den Wahlvorgang bedingten unermesslichen Verwirrung des Stimmzettels durch die Hände verschiedener Personen gerechnet werden muß, so kann von einer Kennzeichnung des Stimmzettels im Sinne des § 12, Abs. 1, Ziffer 3 der Gemeindeverwaltungsverordnung keine Rede sein. Darum war den unheimlichen Spuren grüner oder roter Farbe, die sich auf den beantragten Stimmzetteln vorfinden, eine mehr als zufällige Bedeutung nicht beizulegen. Als Urheber des grünen und des roten Fleckens ist zwar ein bestimmter Wähler (ein Wirt und Metzger) bezeichnet worden, der vor der Wahl in seiner Wirtschaft gefragt haben soll: Wenn er wähle, so mache er die Stimmzettel unguiltig, er mache einen rot und einen grün. Es kann aber dahingestellt bleiben, ob diese Angabe richtig ist. Denn in der behaupteten Handlungsweise des Wählers wäre ein verständlicher Sinn und Zweck nicht zu erkennen; es würde sich nur um einen Unfug handeln, durch den ein — der Kontrolle der Abstimmung des Wählers durch andere dienendes — „Kennzeichen“ nicht geschaffen würde.

Eigenartige Wasserverföhrung eines Hallenschwimmbades. Die Stadtverwaltung von Halle a. S. bewilligte für den Bau eines großen Hallenschwimmbades in der letzten Sitzung 1.948 000 Mk. Interessant ist dabei die Lösung der Wasserföhrungsfrage. Das Bad soll nämlich mit dem warmen Kondenwasser des Elektrizitätswerkes gespeist werden, das vom Werk mit 40 Grad Wärme abfließt und in einer 2 Kilometer langen Abföhrleitung mit 38 Grad in der Badeanstalt ankommt. Das städtische Elektrizitätswerk berechnet für das Kubikmeter nur 6 Pfg., wobei es recht gute Einmahnen hat. Ingesamt kommt das Kubikmeter Wasser der Badeanstalt einschließlich der

Amortisation und Verzinsung der Röhren- und Pumpenanlagen auf 9 Pfg. zu stehen. Der städtische Zuschuß zu dem Hallenschwimmbad ist auf 24 000 Mk. im Jahre berechnet.

Die Gartenstadt-Gesellschaft Dortmund beauftragte Prof. H. v. D. in Darmstadt mit der Ausarbeitung von Bauplänen für vorläufig 50 Häuser für die unter Beihilfe der Gemeinde im Stadtbezirk erziehende Gartenstadt. Es wird also etwas Einheitsliches geschaffen, die ganze Gartenstadt wird nach dem von Herrn Wegendorf ausgearbeiteten Generalplane entstehen. Der Bauwert der 50 Gebäude beträgt rund 700 000 Mk. Die Stadt nimmt an den Anlagen ein großes Interesse, sie bestrebt die einzelnen Gebäude bis zu 90 Proz. des Bauwertes. Jede Spekulation ist ausgeschlossen, die Häuser werden zwar Eigentum des Bauenden, die Stadt behält sich aber das Wiederkaufrecht vor.

Soziale Rundschau.

* Die Schulzahnpflege in Baden. Den Bemühungen einschichtiger Hygieniker ist es schon vor Jahren gelungen, die allgemeine Aufmerksamkeit darauf zu lenken, welche Bedeutung einer allgemeinen durchgreifenden Föhrderung der Zahnpflege für die Gesundheit unseres ganzen Volkes zukommt. Im Jahre 1907 wurde in Freiburg die erste badische Schulzahnklinik eröffnet, 1908 wurden in Karlsruhe und Heidelberg Schulzahnklinien errichtet, in denen die Schulkinder unentgeltlich behandelt werden. In Mannheim ist durch eine von der Stadt mit dem zahnärztlichen Verein abgeschlossene Vereinbarung dafür gesorgt, daß Schulkinder auf Kosten der Stadt behandelt werden. So wurden im Jahre 1911 an 7618 Schulkindern 22 530 Zahnbehandlungen vorgenommen. Auch in fast allen anderen größeren Städten des Landes ist für unentgeltliche Untersuchung und Behandlung der Zähne der Volksschüler Sorge getragen. Erfreulicherweise blieb aber die Schulzahnpflege nicht auf die größeren Städte beschränkt; es haben sich auch eine ganze Reihe mittlerer Städte unseres Landes zu einer Zahnpflege in der Volksschule entschlossen und in neuerer Zeit hat selbst in Randgemeinden (Amtsbezirke Neßl und Wolfs) die Schulzahnpflege Eingang gefunden. Somit hat die Schulzahnpflege in Baden eine erfreuliche Entwicklung genommen und es ist nur zu wünschen, daß diejenigen größeren und mittleren Städte, in denen eine Regelung bisher noch nicht erfolgt ist, eine solche in Bälde zur Durchführung bringen und daß auch die Landgemeinden in weitem Umfang als bisher die Schulzahnpflege als eine Aufgabe der öffentlichen Gesundheitspflege betrachten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. April.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete um 11 Uhr 20 Minuten die Sitzung. Am Bundesratsstisch sind die Staatssekretäre Delbrück, Kühn und Lisco erschienen. Die erste Beratung der

Dedungsvorlage

wird fortgesetzt.

Abg. Gothein (fr. Vpt.): Bisher hatten wir angenommen, daß der Silberbestand der Reichsbank auch für Kriegsjahre ausreichend sei. Die Frage wird in der Kommission zu prüfen sein. Durch die Ausgabe von 120 Millionen Mark Reichsbanknoten wird diese Summe Geldes dem Verkehr zuföhrten. Das ist nicht weinzuhalten. Die Kommission wird zu prüfen haben, ob unsere Bankföhrung für den gestiegenen Verkehr noch elastisch genug ist. Durch die Ausgabe von vielen Papiergeldes gehen wir Verhältnissen entgegen, die schließlich zu einem finanziellen Zusammenbruch föhren werden. Alle Lasten, die die neue Vorlage dem Volk auferlegt, sind um so schwerwiegender, als zahlreiche junge Leute der wirtschaftlichen Arbeit entzogen werden. Das bedeutet einen ungeheuren Produktionsausfall. So lange die ungeheure Belastung des Volkes zugunsten eines Teiles der Bevöföhrung bestehen bleibt, so lange muß ein weiteres Anziehen der indirekten Steuerföhrung ausgeschlossen bleiben. Um zu einer dauernden Genöhrung unserer Finanzen zu gelangen, ist die Einföhrung einer Reichsvermögenssteuer notwendig, in die die Einkommen bis wenigstens 10 000 Mk. herunter einbezogen werden könnten. Bedenken erregt es bei uns, daß eine Reihe von Bundesstaaten, besonders Bayern und Mecklenburg, keine Handhabe haben, um die Vermögen richtig einzuföhren.

Bayrischer Ministerialrat Wolff: Die Behauptung des Abg. Gothein, daß Bayern nicht die Mächtigkeit besitze, die Vermögen richtig zu ermitteln, und daß es insbesondere bei der Veranlagung zur Feststellung der Einkommensbeiträge gut weg-

käme, ist unbegründet. Ich kann Ihnen verraten, daß der Vorschlag zu dieser Vorlage nicht von der bayrischen Regierung ausgegangen ist. Es wird nicht in Verbindung mit der Landessteuerbehörde diese neue Steuerbelastung ermittelt, sondern eine vollständig neue Veranlagung Platz greifen nach Maßgabe des Gesetzes.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.): Die Entziehung der Arbeitskräfte infolge der vermehrten Einstellung von Soldaten ist für die Arbeitgeber von außerordentlicher Bedeutung. Für die Arbeiter selbst aber bedeutet diese Entlastung des Arbeitsmarktes nur einen Vorteil. Daß der einmalige Wehrbeitrag auf den Besitz gelegt wird, findet unsere Zustimmung. Doch muß die Last auch hier nach der Tragfähigkeit der Schultern verteilt sein. (Der Reichskanzler tritt den Saal.) Die untere Grenze der Vermögensabgabe sollte auf 30 000 Mk. festgelegt werden. Daß die Landwirtschaft besonderer Rücksichten bei der Veranlagung der Vermögensverhältnisse bedarf, steht außer Zweifel. Es muß bei der Feststellung des Betriebsvermögens Rücksicht darauf genommen werden, ob der Betrieb rentabel ist. Rücksicht muß auch auf die kinderreichen Familien genommen werden. Daß die Fürsten an dem Wehrbeitrag teilnehmen, ist für uns selbstverständlich.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Die Generaldebatte scheint zu Ende zu gehen. Die Kritik an den Vorlagen ist zum Teil recht stark gewesen. Doch habe ich den Eindruck, daß der Reichstag und mit ihm die verbündeten Regierungen gleichermaßen erfüllt sind von der Größe der Aufgaben, die uns gestellt sind, und durchdrungen von dem Gefühl der Verantwortung für unsere Rüstungen und unser Finanzwesen. Ich bin deshalb so optimistisch, aus der Kritik nicht lediglich eine Verurteilung unserer Vor schläge herauszubilden, sondern das Streben, unsere Vor schläge zu verbessern. Wir sind ganz bereit, sie anzunehmen; aber Sie werden nicht erwarten, daß wir sie alle billigen.

Auf Details will ich hier nicht eingehen. Eine Reform unserer Finanzen haben wir nicht gewollt; die müßte ganz anders aussehen. Jetzt heißt es, die Wehrvorlage durchzuführen und sie zu bezahlen. Wir schlagen Ihnen nicht vor, neue Schulden zu machen: Das würde den Geldmarkt und die gesamte Volkswirtschaft mehr angreifen als der einmalige Wehrbeitrag und es würde bei unserer Reichsfinanz wieder zu den alten, gottlob nun verlassenen Gebieten der Rumpfwirtschaft föhren. Wir legen die gesamten einmaligen Kosten in Höhe von einer Milliarde auf den Besitz und von den laufenden Kosten soll der Besitz mehr als die Hälfte tragen. Der Streit um die Erbschaftsteuer dreht sich um 60, die Lex Wassermann-Erberger um 30-40 Millionen. Was bedeutet das gegen die Summen, die wir jetzt dem Besitz auferlegen. (Sehr richtig! rechts.) An der Reichs-Vermögenssteuer ist ausgekehrt worden, daß wir uns damit an den Tisch der Einzelstaaten setzen. Bismarck wollte das Reich selbstständig machen und doch die Einzelstaaten nicht ausschalten. Eine Reichs-Vermögenssteuer aber ist eine Wehr vor Bismarcks Weg. Ich möchte dringend davor warnen. Viele Abgeordnete hier sind Mitglieder der einzelstaatlichen Parlamente. Bedenken Sie daher, wozu die Vermögenssteuer föhren muß. Sie verwirren die Steuerföhrung der Einzelstaaten vollständig. Damit wäre nur der Anfang gemacht, der zum Zusammenbruch der Einzelstaaten föhren kann. Wo wollen Sie die Mittel für Kulturaufgaben herbringen? Es würde eine Stagnation eintreten und dabei würde das Reich an seinen Wurzeln leiden. Mit der Reichsvermögenssteuer würde man eine einheitliche Besteuerung im Reich nur erlangen, wenn man die ganzen Steuerföhrungen umstößt. Bei der Reichsvermögenssteuer und bei der Erbschaftsteuer würde eine weitere Buntföhrigkeit im Reich erzielt werden. Machen Sie sich frei von dem Gedanken, daß die Reichs-Vermögenssteuer das Rückgrat der Reichsfinanz ist. Während in Deutschland die direkten Steuern etwas höher sind als die indirekten Steuern, beträgt in Frankreich die direkte Steuer etwas mehr als die Hälfte der indirekten. Von der Vermögenssteuer ist das hier für unsere Finanzen nicht zu erwarten.

Es ist ein Streit über die Vaterföhrung der Steuerföhrung entstanden, ob Ludwig XIV. der Abgeordnete David oder Staatssekretär Kühn (Heiterkeit) in Betracht kämen. Jedenfalls ist dieser Gedanke sehr glücklich. Aus vielen Kreisen der Bevöföhrung haben wir begeisterte Zusätze erhalten. Ich habe nicht gesagt, daß die Arbeiter in Rußland und Wohlleben degenerieren. Meine Worte bezogen sich nicht auf Deutschland, sondern waren allgemein gehalten. Gäße ich von Deutschland sprechen wollen, dann hätte ich mich mit meiner Meinung an andere Kreise gewandt als an die Arbeiter. Wir dürfen uns nicht vergleichen lassen, sondern müssen hart bleiben und uns wehren. Wir wollen die Stärke des Vaterlandes und den Frieden. Dafür sind die Opfer notwendig. Ich bitte um die Bewilligung der Mittel. Sie werden gut angewandt sein. (Lebh. Bravo.)

die Aufschrift „Villa Klöföcke“, die einem Landhaus aufgezwängt war und uns wie ein Faustschlag traf.

(Fortsetzung folgt.)

Vor 25 Jahren.

Erinnerungen aus der Zeit der wildesten Sozialistenverfolgung.

Von einem Offenburger Arbeiter.

Es ist jetzt ein Vierteljahrhundert verflossen seit den unerhörten Drangsalen, die unsere Partei unter dem Sozialistengesetz in ganz Baden erdulden mußte. Im „Dreibekseljahr“ 1888 wurde von den herrschenden Klassen, den Polizeibehörden und Gerichten das höchste geleistet, was unter der ganzen Dauer des Ausnahmegesetzes gegen eine nach Freiheit strebende und deswegen mißliebige Partei unternommen werden konnte.

Als nach den Attentaten von Kullmann, Hölzel und Nobiling (ersterer gegen den Reichskanzler Bismarck, letztere gegen Kaiser Wilhelm I.) in den 70er Jahren diese uns ganz und gar nichts angehenden Vorgänge als Vorwand benützt wurden, um unsere noch junge, aber mächtig empfortretende Partei unter allen Umständen zu unterdrücken, wurde am 21. Oktober 1878 das Sozialistengesetz erlassen. Und sofort kamen die Verfolgungen wie ein Hagelschauer, vorerst hauptsächlich über den Norden des Reiches. Als aber unsere Partei trotzdem bei den Reichstagswahlen vom 27. Oktober 1881 großartige Erfolge erzielte, wurde der Schrecken und die Angst in den reaktionären Reihen grenzenlos. Es folgten Bismarck- und Kaiserlichkeitsbeleidigungsprozesse in endloser Zahl an allen Ecken und Enden des Reiches. Ferner Prozesse auf Grund des Sozialistengesetzes, so im Januar 1882 gegen 39 Genossen in Dresden wegen Verbreitung von Wahlaufriefen für den Genossen Geyer, im März gegen mehrere in München, Veranlagungsverbote und Auflösungen, Redeverbote gegen Bebel, Vierdel und andere.

Mit am 13. Januar 1885 der Polizeirat Dr. K. u. v. d. f.

in Frankfurt a. M. ermordet wurde, verpflanzte sich der Verfolgungsgeist auch mehr nach dem Süden des Reiches. Für den Nord an Kumpff wurde der Schuster Rieseke im Juni nach langem Prozeß zum Tode verurteilt und im November im Gefängnis Wehleiden hingerichtet. Auf der anderen Seite wurde mit großem Tamtam zur selben Zeit die berüchtigte Bismarckspende inszeniert, auch die Föllnerlei, welche heute ins Riesenhafte ausgewachsen ist, wagte sich langsam hervor.

Es war wiederum in Frankfurt a. M., als am 20. Juli 1885 ein herbortragender Parteigenosse, Fizeur Hiller, beerdigt wurde. An dem Leichenbegängnis beteiligten sich die dortigen Parteigenossen selbstverständlich außerordentlich zahlreich. Aber auch die bei solchen Anlässen nie fehlende, aber höchst überflüssige Polizei war mit starkem Aufgebot erschienen, als gälte es keiner Verurteilung, sondern der Gefangennahme einer Räuberhorde. Als Genosse Leyendecker-Mainz einen Kranz niederlegte und zu reden begann, wurde die „Versammlung“ aufgelöst und etwa 30 Polizisten hieben mit blanken Säbeln auf die wehrlose Trauerversammlung ein. Männer, Frauen und Kinder wurden verletzt. Die Schilberung, die Landtagsabgeordneter Ulrich-Offenbach damals als Augenzeuge von dieser Schlacht auf dem Friedhofe gab, ist so haarträubend, daß wir denjenigen, die sich dafür interessieren, nur raten können, sich diese Schilberung oder die Prozeßverhandlung heute noch genauer anzusehen. Auf der Anklagebank der Strafkammer Frankfurt a. M. erschien am 15. März 1886 außer dem Polizeikommissär Weper mit seinen Leuten auch Gen. Leyendecker und erhielt dort ungeheurerweise zu allem noch 4 Wochen Gefängnis.

Die Bewegung unserer Partei war im Süden damals noch in ihren Anfängen. Es entstanden in den größeren Städten sozialdemokratische Vereine. So gründeten auch wir in Offenburg im Nebenzimmer zum „Anker“ im September 1886 den Arbeiterwahlverein, und schon am 18. Oktober sprach in der Brunerei Köhler zum erstenmale ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Genosse Frohme, über: „Charakter und Umfang sozialer Reformen“. Die Veranlagung war überfüllt und verlief in

besten Ordnung. Der Referent sprach auch an manchen anderen Orten des Südens. Damit bekam die Bewegung bei uns im südlichen Baden die nötige Schwungkraft. Es folgte am 28. Dezember 1886 die erste Hausdurchsuchung bei Genosse Adolf Ged im Geschäft und in der Wohnung. Im Norden des Reiches gab es die sogenannten Diätenprozesse gegen Kräder und Genossen auf Rückzahlung der von der Partei erhaltenen Tagegelder an den Fiskus. Ueber die größten Städte wurde der sogenannte Kleine Pelagerungssturz verhängt und auf Grund desselben Ausweisungen in Menge ausgesprochen. Die Niederlassung in einer anderen, ebenso begünstigten Stadt wurde meistens nicht gestattet. In Freiberg i. S. spielte anfangs 1887 der berühmte große Sozialistenprozess.

In Offenburg erfolgte am 23. Januar 1887 die Aufstellung der ersten sozialdemokratischen Reichstagskandidatur in der Person des Genossen Adolf Ged. Er kandidierte noch in den Wahlfreien Freiburg, Baden und Karlsruhe, Genosse Wilhelm Bloß in Pforzheim und August Dreesbach in Mannheim und Heidelberg zur Reichstags- und Reichstagswahl 1887. Was damals an Volksbewegung seitens der Hurrabrueder geleistet wurde, ist nicht zu beschreiben und bisher auch nie wieder erreicht worden. Wir erinnern nur an die berüchtigten farbigen Bilderbogen, auf denen der Franjoje unseren Bayern die letzte Kuh aus dem Stalle holt und mordet und brennt, an die Varenbantanten an der Grenze, den Boulanger-Hummel usw. Am 13. Februar wurde in Straßburg-Riedorf in der Schmidhills Wirtschaft das ganze Wahlkomitee verhaftet. Die Willführerschaft war bei dieser Wahl überhaupt eine unbeschränkte.

Ende Oktober 1887 erhielten in dem großen Sozialistenprozess in Leipzig 23 Genossen bis zu einem Monat Gefängnis, im November kam der große Prozeß gegen Singer und Genossen in Görlitz, in Breslau erhielten am 17. November 37 Genossen 4 Wochen bis zu 1 Jahr Gefängnis. Aus Altona wurden 2 a b und Genossen ausgewiesen, aus Frankfurt-Offenbach Genosse Sabor. In Dresden wies ein Hausbesitzer Gebauer den Reichstagsabgeordneten Bollmar aus der Wohnung.

Abg. Brunn (Reform): Der Prozentfuß für die Besteuerung der Vermögen muß gesenkt werden. Man sollte auch das Vermögen der toten Hand heranziehen. Wir werden nicht zu gefunden Finanzen im Reich kommen, wenn wir nicht dem Reich eine direkte Steuer geben. Die vorgeschlagene Erweiterung des Erbrechts des Reiches geht zu weit. Wir hoffen, daß in der Kommission etwas Brauchbares zustande kommt.

Abg. Segis (Soz.): Ich hoffe, daß die Vorlage sehr erheblich verändert werden wird. Der Reichszentralrat hat in der Betrachtung des Verhältnisses von direkten zu indirekten Steuern England völlig übersehen. Bei der Berechnung des Ertrages unserer indirekten Steuern muß man die allgemeine Verteuerung aller Lebensmittel miteinrechnen. Man darf auch die indirekten Steuern der Einzelstaaten nicht vergessen. Ich empfehle dringend, es mit der Einführung der direkten Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer zu versuchen, um damit eine Verkleinerung der Lasten herbeizuführen. Die Auffassung von der Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Mehrabschreibungen ist unhaltbar. Es ist ferner nicht nötig, die Gemeinden zur Sparbarkeit zu ermahnen. Der Staatssekretär *Sojadosky* trägt den größten Teil der Schuld an der schwierigen Lage, in der wir uns jetzt befinden; er ist der Vater des Zolltarifs. Die „Bayerische Staatszeitung“ macht, wie die „Norddeutsche Allgemeine“, nur noch aufbringlicher, Tag für Tag Stimmung für die Heeresvorlage. Wenn die bayerischen Bundesratsvertreter energischer gewesen wären, dann hätten wir keine Heeresvorlage bekommen. Man sagt, für die Bewilligung der Heeresvorlage sollen

die Jesuiten eingetauscht werden. Das würde doch ein gar zu teuere Preis für unsere Heeresvermehrung sein. Die 120 Millionen sollen in der Reichsbank deponiert werden, aber dem Verkehr entzogen bleiben. Das hätte ich für sehr bedenklich. Wäre es nicht möglich, den Kriegsschatz als solchen zu sichern und ihn trotzdem für den Verkehr nutzbar zu machen? Im Falle des Krieges ist natürlich der harte Bestand des Kriegsschatzes das wichtigste, denn die Vereinstellungen der Noten sind in keinem Lande zu erwarten. In das Bankgesetz selbst sollten Vorschriften für den Kriegsfalle aufgenommen werden. Wir sind der Meinung der Reichsbank zu dank verpflichtet, daß sie die Anordnungen der letzten Monate befolgt hat, ohne mehr als 6 Proz. vom Verkehr zu fordern. Bei der Frage der Ausprägung von Silbermünzen fällt das wirtschaftliche Moment fort, das bei der Verziehung des Goldes mitspielt. Unser Goldumlauf wird von der Statistik sehr stark unterschätzt. Ich habe sehr ernste Bedenken gegen die 120 Millionen Reichskassenscheine. In friedlichen Zeiten braucht man überhaupt kein Metall, aber bei einer Krise entfällt in weiten Kreisen des Volkes eine Panik. Das Papiergeld ist kein Lohn- oder Gehalt, die Arbeiter sollen Metallgeld erhalten, um vor einer Panik geschützt zu sein. Die Reichskassenscheine müssen eingezogen werden. Das wäre auch ohne Opfer möglich, wenn wir die 120 Millionen Mark Gold aus dem Jahrsturn nehmen. Meine Ansicht über die Ausprägung von Silber, die ich seit 40 Jahren vertreten habe, ist allerdings durch die Erfahrungen widerlegt worden. Das Silbergeld ist aber tatsächlich eine Hilfe für das Volk. Die Abgaben, die dem Verkehr durch den hohen Diskont auferlegt werden, sind finanziell schwerer zu ertragen als die einmalige Verbrauchsabgabe. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dr. Arndt (Reichsp.): Angehts der großen Opfer sollte man überlegen, ob nicht der verdoppelte Kriegsschatz, jedoch unter allem Vorbehalt, der Reichsbank zur Erleichterung des Verkehrs einverleibt werden kann.

Abg. Südekum (Soz.): Wenn der Vordrucker behauptet, jetzt sei keine Zeit für Prinzipienfragen, so sagen wir: Jetzt gerade ist es Zeit, Prinzipienfragen aufzunehmen. Wenn es jetzt nicht geht, dann geht es in absehbarer Zeit nicht wieder. Zeit haben wir genug. Der Reichszentralrat meint, ich hätte keine Anforderungen über

Luzus und Wohlleben
mispferhanden. Er habe sie nicht auf Deutschland beziehen wollen. Von dem aber, was ich gesagt habe, kann ich nichts zurücknehmen. Der Reichszentralrat redet da sehr dunkel und muß immer Mißverständnisse zurückweisen. Ich habe nur zurückgewiesen, daß Tage des Wohllebens und des Luzus bei uns in Arbeiterkreisen vorhanden sind. Der Reichszentralrat wollte warnen vor dem Wege, den die gesamte Linke vorschlägt. Diese Warnung trifft bei uns auf taube Ohren. Der Reichszentralrat will an allen Dingen nichts geändert sehen. Wir haben Reichswertzuwachssteuer, Lotteriesteuer usw., in denen wir die Einzelstaaten um Prozente an den Reichssteuereinnahmen beteiligen. Das ist doch schon der Weg, den wir jetzt gehen wollen und der gar nicht so unerhört neu ist. Was es mit dem Reich ernst und gut meint, sollte darauf bestehen, daß das Reich zur direkten Besteuerung übergeht, um aus den unheimlichen Zuständen herauszukommen, die mit dem heutigen System verknüpft sind. (Sehr richtig! links.) Dieser Ruf ist bei der Reichsgründung schon

erhoben worden. Mein großes Werk geht auf den ersten Sied durch. Wenn Jahre lang, sagt Horaz, muß ein gutes Buch im Korb liegen. Die Reichsreformsteuern liegen schon länger im Korb. Bei der Rechnung, die der Reichszentralrat aufgemacht hat, hat er übersehen, daß die indirekten Steuern zwar Milliarden aufbringen, aber das Volkleben und den Volkstonum um ebensoviele verteuern. Der Reichszentralrat hat uns mit Frankreich verglichen in den indirekten Steuern. Warum vergleicht er nicht mit England? Der Reichszentralrat hat gewarnt vor unseren Steuerplänen, das ist der gleiche Mann, der mit dem Fürsten Bülow gegen die Rechte gearbeitet hat, der dann plötzlich seinen Meinungsumschlag mit überraschender Schwindigkeit vollzog. Wollen wir jetzt ernstlich, so wird er noch einmal und genau so rasch umschlagen.

Damit schließt die Besprechung. Die Vorlage geht an die Budgetkommission. Man erwidert noch Petitionen, zu denen keine Wortmeldungen mehr vorliegen, dann tritt Vertagung ein. Montag 2 Uhr: Etat des Auswärtigen Amtes, des Reichszentralrats und der Reichszentralrat. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Der Terrorismus im Lichte der soziologischen Forschung.

Der bekannte Soziologe Dr. Hugo Sinzheimer hat auf Einladung des Frankfurter Gewerkschaftsverbandes einen Vortrag über „Terrorismus“ gehalten, der weit über Frankfurts Mauern hinaus berechtigtes Aufsehen hervorgerufen dürfte. Die letzte Zeit, so führte Dr. Sinzheimer aus, war wiederum erfüllt von Vorwürfen gegen die freie Gewerkschaftsbewegung, daß ihr Terrorismus „unerträglich“ geworden sei. Daß diese Vorwürfe von konserverter Seite immer wieder erhoben werden, ist selbstverständlich, denn es liegt im Wesen der konserverten Denkart, jede selbständige und selbstbewußte Organisation der Arbeiterkraft als eine unzulässige Aufhebung anzusehen. Daß aber neuerdings auch linksliberale Gruppen, die einst den Antiterrorismus, vor allem zur Zeit der Zuschußvorlage, lebhaft befämpft haben, sich zum Teil mit ausgefuchsten Kampfworten zu jenen konserverten Stimmen gesellen, ist eine Erscheinung, der Beachtung geschenkt werden muß. Was sie dazu treibt, ist offenbar ein parteipolitische Bedürfnis. Die Gründung der liberalen Arbeitervereine braucht ein Echo, welches sie von den freien Gewerkschaften unterscheidet. Für ein solches Stichwort ist der Vorwurf des Terrorismus willkommen, der auch in allen Wahlkämpfen ein bequemeres Mittel bildet, um die „anständigen“ Elemente von der angeblich terroristischen Sozialdemokratie fernzuhalten. Alles deutet darauf hin, daß die Liberalen beim nächsten Reichstagswahlkampf mit diesem Stichwort kämpfen wollen. Jene Theorien, die auf die freie Selbstbestimmung des Einzelnen, der „Schutz der Persönlichkeit“ gegen den Organisationszwang, es kommt aber darauf an, wo das Recht auf freie Selbstbestimmung besser verwahrt ist und wie es im sozialen Leben überhaupt gewonnen werden kann. Da zeigt sich, daß es keinen anderen Weg gibt, Arbeiterrechte zu gewinnen, als durch die Organisation, die zugleich das Persönlichkeitsbewußtsein des Arbeiters hebt und pflegt. Die Antiterroristenbewegung aber ist ungerecht, weil sie der Arbeiterseite allein vorwirft, was eine allgemeine Erscheinung des heutigen Wirtschaft- und Soziallebens ist, ein Produkt der heutigen Wirtschafts- und Rechtsordnung, an dem alle Kreise teilnehmen, die an Organisationen interessiert sind. Es ist von den Wissenden gemessenlos, auf Grund dieser Tatsachen den angeblichen Arbeiterterrorismus einseitig anzugehen.

Um diesen Satz zu belegen, führte der Vortragende in erster Linie den Organisationszwang bei den Unternehmer-Kartellen, die Material-, Kredit- und Absatzsperre an, wozu sich noch die Verursachung, manchmal sogar die Sperrung der Zuliefer- und Absatzwege gefügt. Da müsse konstatiert werden, daß gerade diejenigen Kreise, in denen der Hauptteil des Antiterrorismus ist, am stärksten belastet seien, wenn überhaupt von Vorwürfen in dieser Richtung gesprochen werden können. Gerade für diese Methoden sei in der letzten Zeit ausgezeichnetes Material geliefert worden in dem Buche von Kestner: „Der Organisationszwang“, eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Kartellen und Außenstehenden (Berlin 1912). Das Buch dürfte in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen, und es müsse von allen, die leitende Stellen in Gewerkschaften einnehmen, gelesen werden. Wo in der Öffentlichkeit wird in diesen Fällen von einer „Unverschämtheit“ des Terrorismus gesprochen, den man den Arbeitern vorwirft, wenn sie etwa sich weigern, mit unorganisierten Arbeitern zusammen zu arbeiten? Warum trennt man die Formen des wirtschaftlichen Kampfes in der Arbeiterbewegung und befämpft ihren Inhalt, ohne zugleich festzustellen, daß auf der anderen Seite mit Waffen gekämpft wird, die in vielen Fällen tatsächlichen Terror sind?
Der Redner zeigte sodann, daß die Ungerechtigkeiten der einseitigen politischen Bekämpfung der Arbeiterbewegung auf

Grund ihrer Organisationskämpfe um so trasser seien, als die Voraussetzungen des Kampfes auf Unternehmerseite rechtlich ganz andere seien, als auf Arbeiterseite. Zunächst seien die Kämpfe der Arbeiterorganisationen an Widerstände rechtlicher und sozialer Art gebunden, die jene Unternehmerkämpfe nicht kennen. Rechtlich seien es die tausend Schranken der Gewerkschaften durch die Verwaltungspraxis, die immer wieder versucht, sie unter das politische Vereinsgesetz zu bringen. Sozial sei es aber das Verhalten der sozialen Gewalten, die ökonomische Abhängigkeit, welche dem freien Kampfe der unabhängigen Gewerkschaften Abbruch tun. Dann fehlt es aber bei der rechtlichen Behandlung des Arbeiterkampfes an dem fundamentalen Grundsatze der Gerechtigkeit der Gleichbehandlung aller wirtschaftlichen Kämpfe. All jene Kämpfe auf Unternehmerseite werden straffrei gelassen; auf Arbeiterseite aber siehe der Kampf unter fortwährender strafrechtlicher Kontrolle. Der Redner bespricht dieses auf Grund der diesbezüglichen Rechtsprechung und Gesetzgebung. Arbeiter, die mit Arbeitsniederlegung drohen, wenn auf ihre Lohnforderungen nicht eingegangen wird, werden wegen Erpressung bestraft. Organisierte Arbeiter, die dem Arbeitgeber bekannt geben, daß sie die Arbeit niederlegen, wenn unorganisierte Arbeiter weiter beschäftigt werden, verfallen dem § 153 O. D. Das Streikpostengesetz § 2. B. wird durch das Reichsgericht für zulässig erklärt. Wenn es aber ausgeübt wird, verbietet es der Schußmann auf Grund der Straßenspolizeiverordnung. Und welche Strafen werden verhängt, wenn an sich ein Uebertretung im wirtschaftlichen Kampfe festgestellt haben mag. Zivilrechtlich liegt allerdings die Kampflage pflichtiger. Hier hat sich das Reichsgericht bemüht, für die Unternehmer- und Arbeiterkämpfe Formen der Gleichberechtigung zu finden. Das Reichsgericht läßt insbesondere den Vorstoß in den wirtschaftlichen Kämpfen zu. Er ist begründet in der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung. Und wenn er vorläufig Schäden aufstiftet und wenn er einen Druck auf widerstrebende Elemente ausübt, so liegt dieses im Wesen des erlaubten Kampfes. Doch müßte der Zwang erlaubt, die Mittel anständig sein, und dürfte nicht die Wirkung haben, den Gegner zu überwinden. Gerade die Rechtsprechung des Reichsgerichts aber lehre, wie flüssig der Begriff des erlaubten Zwanges sei. Der Kampf der Arbeiter um Abschaffung des Streik- und Logiszwanges sei für erlaubt erklärt. Der Kampf um Einführung des Schlichtungsausschusses aber für unerlaubt erklärt worden. Ebenso sei für unerlaubt erklärt worden der Kampf der Arbeiterkraft um Abschaffung der Heimarbeit.

Das Reichsgericht hat diese Entfremdung des Arbeiters aus den beteiligten Betrieben grundsätzlich für zulässig erklärt. Und doch muß gesagt werden, daß diese Ausprägung im Grunde der Ausdruck eines neuen, durch sozialen Zwang geschaffenen Feudalismus sei. Die staatliche Gesetzgebung hat die Befreiung des Arbeitsvertrages abgelehnt. Trotzdem können Arbeiter, die etwa vertragsbrüchig geworden sind, mit erheblicher zeitweiliger Ausstoßung aus den für sie bestimmten Arbeitsstellen bestraft werden, wobei der Richter zugleich Partei ist und ohne daß der die Strafmaßstab ausübende eine staatliche Ermächtigung zu ihrer Ausübung hat. Hier müsse man fragen: „Wie glaubt der liberale Arbeiter diese Macht zu brechen?“ Er soll Rede stehen, ob er es vermöge, ohne daß der Macht der Unternehmer eine gleich starke Macht der Arbeiterorganisation entgegengestellt werde.

Zum Schluß führte der Redner aus, daß es sich im Streite um den Terror um das Folgende handeln müsse: Zunächst müsse die soziologische Erkenntnis anerkannt werden, daß der Kampf der Organisationen, vor allem auch der Organisationszwang, eine Begleiterscheinung der Organisationsbewegung überhaupt sei. Der einzelne finde seine Macht nicht mehr in sich selbst und durch sich selbst, er könne nur Fortschritte erringen in und durch die Organisation. Hier siehe nun vor einer Tatsache, die jenseits von gut und böse liege. Es müsse gefordert werden, daß der Organisationskampf auf Arbeiterseite ebenso frei sei, wie der Kampf auf Unternehmerseite. Wenn so der Kampf ganz frei würde, wenn die Gerechtigkeit über ihm walte, dann fürchte man nicht mehr für die Kultur. Der Kampf ist der Vorkämpfer aller Dinge. Er allein führt zu höheren Organisationen, in denen sich der wirtschaftliche Kampf mildert, weil die Kräfte sich in freier Selbstentfaltung entwickelt haben, wie sie sich entwickeln müssen. Man brauche nur auf die Tarifverträge hinzusehen, um an einem Beispiele zu sehen, daß der Kampf und die Kampfmittel, die Organisation und der Organisationszwang die wirklichen Triebkräfte zum sozialen Fortschritt bilden.

Gewerkschaftliches.

* Mannheim, 13. April. Da bei den bisherigen Tarifverhandlungen der Spengler und Installateure mit den Meistern nur minimale Zugeständnisse gemacht wurden, beschloß eine Versammlung der Spengler und Installateure die Arbeit sofort niederzulegen.

Am 3. November wurden in Freiburg die Genossen „Paulus“ (Friedrich Haag) und Fuchs verhaftet, am 9. November Genosse Huber in Elgersweier, am 19. November fanden verschiedene Hausdurchsuchungen in Elgersweier und Offenburg statt, am 21. folgte der Prozeß gegen Huber vor dem Offenburg Gerichte. Diesem ging am 16. November der Prozeß gegen den Genossen Guttmacher Jäger und gegen den Werkmeister Maurer hier voraus. Versammlungen ohne Zahl wurden verboten oder aufgelöst. So eine am 3. November in Freiburg mit dem Referenten Adolf Ged. Diesen wurden überhaupt alle Versammlungen verboten oder aufgelöst. Oft wurde bei ihm im Geschäft und in der Wohnung nach verbotenen Schriften gehäufelt.

Zu den Verfolgungen in Offenburg kamen aber auch noch die aufregenden Erfolge aller Wahlflugblätter im Frühjahr 1887, und am 29. Januar das Verbot der Nr. 11 des „Volkshilffreund“ wegen des Abdrucks des Aufrufes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion „An das deutsche Volk“. Am 6. Februar folgte das Verbot der Nr. 15 und am 10. das der Nr. 21 und gänzlich Verbot des ferneren Erscheinens des Blattes. So endete der kampfesmutige „Volkshilffreund“, nicht ganz sechs Jahre alt die erste Nummer erschien am 14. April 1881 unter den Todesstrafen des Bezirksamtmanns Rosina und des Landeskommissärs Hepting, als einziges sozialdemokratisches Parteiorgan in Baden.

Am 23. Februar erschien an Stelle des „Volkshilffreund“ der für das GEsch im gleichen Verlag erscheinende „Mehnhöte“. Auch dieser wurde sofort gänzlich verboten. Daraufhin erschien am 2. März die erste Nummer der „Parlaments- und Gerichtszeitung“, und bereits am 9. März wurde dieselbe mit der vierten Nummer gänzlich verboten. Was alle diese Verbote und Schikanen für die Beteiligten für Opfer an Arbeit, Zeit und Geld, Straft und Müht erforderten, kann nur derjenige beurteilen, der mitten drin in den hochgehenden Wogen der Bewegung stand.

Im Reich und im Ausland waren zur selben Zeit sehr „Ehrenwerte“ Herren, wie Hauptmann v. Ehrenberg,

Haupt, Schröder, Naporra, Beufert, Thring-Mahlow usw. eifrig als Lockpfeil tätig. In Berlin gab es anlässlich der Verurteilung der drei Opfer, welche mit Flugblättern im Eis ihren Tod fanden (Hensel, Nauen und Ruchmann) wieder große Aufregung bei den Massen, die an der Feier teilnahmen. Regierungsbaumeister Kehler wurde ausgewiesen, Raden und Max Kayser wurden in Dresden aus den Wirtschaften entfernt. In Danzig begann am 28. Mai wieder ein großer Prozeß gegen 20 Genossen, in Mainz Ende September ein solcher gegen 300 und Genossen. In Kiel erhielten acht Genossen je vier Wochen Gefängnis wegen Bismarckbeleidigung.

Theater und Musik.

Jobs lustige Bühne im Colosseum von Karlsruhe.
Das Gastspiel Dir. Hermann Jobs mit seiner „Lustigen Bühne“ hat seit kurzem eine Reperitorenweiterung erfahren. „Der Mann mit dem Himmel“ wurde dem Spielplan abgesetzt und an seine Stelle trat das Tollste vom Tollsten, der vorzügliche Schwan „Schieber“. In drei geistlich aufgebauten und fesselnden Akten lernt das Publikum die beiden „Schieber“ Hermann und Anton, Inhaber einer Agentur, kennen und über die Art, wie sie im rechten Augenblick alles noch zum Guten zu „schieben“ wissen, ja selbst die „schwersten Kräfte“, muß das Publikum vom Anfang bis zum Schluß helle Tränen lachen. Die beiden Kompagnons machen in allem. Sie vermieten fremder Leute Balken und Fensterplätze bei großen Imzügen, vermieten auch fremde Wohnungen zu fröhlichen Zusammenkünften und bringen keine Ehefrauenprünge weiblicher wie männlicherseits unter Aufbietung des größten und unglaublichesten Apparates (bei sehr minimalen (!) Speise) wieder ins richtige Gleis. Anton, der echte Köhler „Tinnes“, ist in allerhand Gestalt dazu bereit. Bald als Schußmann, Feuerwehmann, Kammerdiener oder Chansonettenmutter erscheint er auf der Bühne und weiß durch die größte Art seines Eingeweihten dröhnende Reden zu erzielen. Mehr aus dem Inhalt zu verraten, geht schlechterdings nicht an, denn die Komödie ist so überaus reich an Wortwitz, bühnenwirksamen Situationen und ähnbunden Pointen, daß man sie selbst gesehen haben muß; — erzählen läßt sich so etwas nicht. Eine s hat dieser Schwan ähnlichen Produkten unbedeutbar voraus: er ist kein Sentimental-Parodie-Akt, bei wel-

chem sich der Hauptdarsteller (gewöhnlich der „Herr Direktor“) Kanapes aus der Nase zieht und Käsemaschinen verschluckt, nein — das Stück ist, trotz seines tollen, frohsinnigen Inhalts, ein ausgesprochenes Bühnenprodukt, das tüchtige Fachspieler erfordert und keine zu unterschätzende Aufgaben an diese stellt. Wir haben es hier also keineswegs nur mit einer „Variete-Nummer“ zu tun, sondern mit einem ernstzunehmenden Schauspielerspiel, das vorzugsweise die Darstellung leichter, flotter Schwänke pflegt. Für dieses spezielle Stück ist das Personal glücklich zusammengestellt. Aller voran steht Dir. Jobs als „Oberstlieutenant Hermann“. In ihm lernen wir einen Scharfschützen vom grünen, leicht und unumstößlich der Darstellungsart kennen. Eine vornehme Ruhe gefügt sich zu einem unerschrockenen, herrlichen Humor, der in Wort und Tat und bei festem Spiel zur Geltung kommt. Jede Spielmanne — bis in die Fingerspitzen — jeder mimische Ausdruck, kurz alles ist wohl-erzogen und von unfehlbarer, sicherer Wirkung begleitet. Neben ihm behauptete sich mit gleich starkem Erfolg Herr Fintling als „Anton“. Schon in der Masse brillant, wußte er sich außerdem noch durch sein schwarzgeprägtes Spiel und seinen Witzlichen, trockenen Rheinländerhumor den Beifall des gefüllten Hauses zu sichern. Man wird selten einen so typischen Charakterkomiker bei Schauspielunternehmen finden, der, bei Annahme so bescheidener Mittel, einen so vollen Sieg auf der ganzen Linie zu verzeichnen haben dürfte. Eine Prachtleistung schuf Frau Dir. Jobs in der schwierigen und anstrengenden Doppelrolle als „Hefstau Langan“ und Chansonette „Ella Weller“. Mit anerkannterweirter Sittlichkeit wußte sie die beiden grundverschiedenen Charaktere auseinanderzuhalten und wußte bei der raschen Szenenfolge stets die Grenzlinie aufrecht zu erhalten. Ausgestattet mit einer gewinnenden Bühnenfigur und wohlklingender Stimme, hatte auch Frau Dir. Nob bald die Sympathie der Theaterbesucher auf ihrer Seite. Besonders aber gelang ihr dies mit der „Ella-Szene“, wo sie ihren ganzen lebenswichtigen Charme und persönlichen Reiz unbeweglich entfalten konnte. Den doppelgestellten Charakteren „Langan“ spielte Herr Tadmam mit besonderer Feinheit. Seine sympathische Erscheinung, sein angenehmes Spiel und eine vorzügliche Witzigkeit sicherten auch ihm die gebührende Anerkennung. Besonders im 2. Akt darf er glückliche und dankbare Momente für sich in Anspruch nehmen. Weniger dankbar und bühnenwirksam ist die Rolle des „Baron Wartenberg“, die Herr Geißhöbel antwortet war. Ein Frauenjäger, der mit seiner unglücklichen Existenz die Bühne bedrückt, seinen Reizen die Stichworte für gute Witze bringen muß und nur für

Konstanz, 13. April. Der Landesverband der Friseur- und Barbiervereine...

Konstanz, 13. April. Bei den Tarifverhandlungen im Baugewerbe...

Aus der Partei.

Im Bezirk Lörrach-Land kandidiert bei den kommenden Landtagswahlen...

Aus dem Lande.

Bruchsal.

Die Kontrollversammlungen hier finden im Saale der Wirtschaft zum 'Kaiserhof'...

Die Matzeier, die in diesem Jahre auf einen Feiertag fällt, soll in geeigneter Weise abgehalten werden...

Offenburg.

Parteilosen, Frauen und Männer! Erhebt energisch Protest gegen die ungeheuerlichen Willkürforderungen...

Die Matzeier wird dieses Jahr wieder im Rahmen einer Kreismatzeier abgehalten...

Sandweiler, Amt Baden-Baden, 13. April. Die durch Vergiftung hervorgerufene Erkrankung in Sandweiler...

Aus Mörchi wird uns von unserem Berichterstatter mitgeteilt, daß in unserer Notiz am letzten Sonntag...

Die andern da ist. Zumeist dürfte Herr Geisbödel durch persönliche Auffassung der Rolle eine eigene Note zu verzeichnen...

Der Schwanz hatte gefallen, wie man sagt 'eingeschlagen', und des Weils war kein Ende...

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Montag, 14. April. A. 52. 'Das kleine Schokoladenmädchen', Lustspiel in 4 Akten von Cavault...

In Baden-Baden: Mittwoch, 16. April. 30. Ab.-Vorst. 'Woh dem, der lügt'...

wie folgt lauten: 'Auch können wir mitteilen, daß in der fünften Klasse, in welcher der Herr Kaplan den Religionsunterricht erteilt...

Winterwetter.

Im ganzen Lande hat sich nach den vorliegenden Nachrichten vorgestern starker Schneefall eingestellt...

Im Schwarzwald, 12. April. Seit frühmorgens tobte auf dem ganzen Schwarzwald ein fürchterlicher Schneesturm...

Baden-Baden, 13. April. Großer Schneefall mit folgendem Frost setzte am Samstag ein...

Heidelberg, 13. April. Dem starken Schneefall vom Samstag folgte eine hartenklare Nacht...

Aus der Pfalz, 12. April. Seit gestern Nacht tobte an der Gaardt ein fürchterlicher Schneesturm...

St. Ingbert, 12. April. Vergangene Nacht setzte in der Westpfalz ein äußerst starker Schneefall ein...

Sobornheim a. R., 12. April. Nachdem während des gestrigen Tages im oberen Rheintal und auf dem Hunsrück fast ununterbrochen leichtes Schneegestöber geherrscht hatte...

Köln, 12. April. Infolge des Schneegestöbers sind die Fernsprechverbindungen nach Belgien zum Teil gestört...

Die besorgte Hofopern-Intendantur. Der große Berliner Arbeiterfängerchor richtete Georgina veranlaßte vor einigen Tagen ein großes Konzert...

Und weißer Schnee auf Blüten lautlos niederfällt.

Im Schwarzwald, Sonntag den 13. April 1913.

Toll wirbelten weiße Schneeflocken in lustigem Tange hernieder, der unbarmherzig wahre Thermometer zeigte in der Frühe 4 Grad unter Null...

Die Kinder Halbstern in die Hände: es schneit! Die Spornmenschen jubeln: Die Bahn ist befahrbar!

Und wirklich, das Herz tat einem weh, wenn man die armen, blühenden Bäume betrachtete, wie sie teils erfroren, teils abgestirbt sahen...

und dem Westwald werden Schneehöhen von 50 bis 60 Zentimeter gemeldet. Zum Teil ist der Verkehr unterbrochen.

Weimar, 12. April. In vergangener Nacht herrschte in Weimar und Umgegend eine Kälte von 10 Grad unter Null...

Braunschweig, 12. April. In der letzten Nacht sank die Temperatur im Oberharz auf minus 11 Grad Celsius bei starkem Schneefall...

Bien, 13. April. Die Witterungsverhältnisse haben sich noch immer nicht geändert. Das seit drei Tagen eingetretene Frostwetter hat bis heute früh angehalten...

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 14. April.

Die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung und die Karlsruher Eisenbahngesellschaft.

M. D. u. S.! So sieht die typische gemischt-wirtschaftliche Unternehmung aus. Welche Vorteile verpricht man sich von ihr?

Zunächst wird zu ihren Gunsten angeführt, daß das Unternehmen dem Einflusse der Stadtverordnetenversammlung, der Bezirksvereine und der politischen Parteien entzogen ist...

Dem gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen wird ferner die kaufmännische Leitung, rasche Entschlußfähigkeit nachgerühmt. Es ist zuzugeben, daß die Organisation mancher kommunaler Betriebe schwerfällig ist...

Der häufig angestellte Vergleich zwischen kommunalen Unternehmungen und Privatunternehmungen, wie Industriebetrieben usw., ist ganz unzulässig. Beim Betrieb von Elektrizitätswerken und Straßenbahnen fehlt jedes spekulative Moment...

Viele prophezeien den gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen eine höhere Rentabilität als den rein kommunalen Betrieben. Es erscheint mehr als fraglich, ob dies zutrifft. Zunächst muß sich die Stadt mit Privatgesellschaften in den mit Sicherheit zu erwartenden Gewinnzuwachs teilen...

Bei der Beurteilung der den Städten von der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung häufig gewährten Ertragsgarantien wird zumeist eins übersehen. Die Städte müssen durchweg für den von ihnen selbst verbrauchten Strom an die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen den vielfachen Betrag von den Kosten bezahlen...

Als Vorzug der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung wird ferner die Abnahme der Zahl der städtischen Beamten und Arbeiter angeführt. Mit Unrecht! Nur Straßenbahnen benötigen eine nennenswerte Zahl von Beamten und Arbeitern...

Der Einwand ist auch weniger wirtschaftlicher als rein politischer Natur. Man befürchtet durch das Anwachsen der städtischen Beamtenkörper den Einfluß gewisser Parteien auf die Kommunalverwaltung zu vermehren.

Als weiterer Vorzug der Form des gemischt-wirtschaftlichen Unternehmens wird geltend gemacht, daß die Ausdehnung der städtischen Elektrizitätsunternehmungen auf

Benachbarte Gemeinden sich leichter bei rein kommunaler Regie durchführen ließe. Dies ist nicht ganz unberechtigt. Die Städte stoßen häufig bei der Ausdehnung ihrer Elektrizitätswerke und Straßenbahnen auf Vorortgemeinden auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Vorortgemeinden hegen vielfach Mißtrauen gegen die Städte, das zum Teil durch die Furcht vor Eingemeindungsbestrebungen hervorgerufen wird. Dieses Mißtrauen ist aber doch wohl nicht unüberwindlich. Zahlreiche rein kommunale Ueberlandzentralen beweisen, daß die Vorortgemeinden sehr wohl ohne Schädigung ihrer Interessen ihre Elektrizitätsversorgung in die Hände der Städte legen können. Kommen mehrere größere Gemeinden für ein und dasselbe Unternehmen in Betracht, so ist es sehr wohl möglich, dieses in Form einer A.-G. oder S. m. b. H. zu betreiben, deren Aktionäre bezw. Gesellschafter die betreffenden Gemeinden sind.

Die Vorteile der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung sind also nicht so bedeutend, als daß sie nicht auch auf andern Wege erzielt werden könnten.

Dagegen haben wir mannigfache Nachteile der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung kennen gelernt. Wir haben, daß die Wiederübernahme der in das Unternehmen eingebrachten städtischen Elektrizitätswerke und Straßenbahnen nach Ablauf der Vertragsdauer außerordentlich schwierig, wenn nicht ganz unmöglich ist. Während der Vertragsdauer sind die Werke wesentlich vergrößert worden, so daß zu deren Uebernahme plötzlich große Mittel erforderlich sind. Beim Ausbau in eigener Verwaltung kann die Kapitalbeschaffung und Organisation entsprechend der schrittweisen Vergrößerung sich nach und nach entwickeln. Auch ist es die Frage, ob bei Ablauf der Vertragsdauer die Zeiten für eine Wiederübernahme günstig sind, andernfalls kann sich leicht eine Vertragsverlängerung unter ungünstigeren Vertragsbestimmungen notwendig machen. Die Verhältnisse sind beim Vertragsabschluss, im vorliegenden Falle 50 Jahr vor Ablauf des Vertrages, gar nicht zu übersehen. Es ist also ein schwerer Schritt, den die Kommunalverwaltungen tun, wenn sie sich ihrer Werke durch Einbringung in eine gemischt-wirtschaftliche Unternehmung entäußern. Ein weiterer Nachteil ist, daß der Einfluß der Stadtverwaltung auf das Unternehmen ganz gering ist im Verhältnis zu der Höhe des darin investierten Vermögens der Gemeinde. Darüber schalten und walten in erster Linie die Privatgesellschaften.

Nicht unberücksichtigt dürfen auch die Interessengegenstände bleiben, die sich in einer derartigen gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung geltend machen müssen. Das öffentliche Interesse wird durch die Stadt vertreten. Im öffentlichen Interesse können häufig neue Straßenbahnlinien, neue Kabeltrassen notwendig werden, auch wenn sie zunächst unrentabel sind. Eine systematische Besiedlungspolitik kann sie erfordern. Die beteiligten Privatgesellschaften haben jedoch kein Interesse an dem Bau derartiger Linien und Leitungen. Sie werden sich dagegen sträuben, oder die Stadt muß ihnen eine bestimmte Verzinsung, wie z. B. im Saarbrücker und wenn ich recht unterrichtet bin, auch im Karlsruher Verträge vorgesehen ist, garantieren. Sie trägt also für diese Neuanlagen das Risiko allein. Den daraus sich ergebenden späteren Gewinn muß sie jedoch mit den Privatgesellschaften teilen.

Das Interesse der Privatgesellschaften ist jedoch den Interessen des Unternehmens selbst häufig auch direkt entgegen gesetzt, vor allem, wenn es Elektrizitätsgesellschaften oder Kohlenfirmen sind, die daran beteiligt sind. Sie wollen in erster Linie möglichst große Gewinne aus den Lieferungen für das Unternehmen ziehen. Die Gewinne der betreffenden Elektrizitätsgesellschaften aus den Bauten und Lieferungen für das Unternehmen übersteigen die Dividende aus der Kapitalbeteiligung bei weitem. Ferner ziehen die Elektrizitätsgesellschaften auch noch erhebliche Gewinne aus der Herstellung von Anschlußanlagen, da sie gegenüber allen ihren Konkurrenten darin eine Vorzugsstellung einnehmen, auch wenn jedes Installations- und Materialmonopol vertraglich ausgeschlossen wurde.

Die Gesellschaft hat als technische Beraterin des Unternehmens ständig Kenntnis von jeder Netzerweiterung. Sie weiß, wann die einzelnen Ortsteile oder neuanzuschließenden Ortsteile Strom erhalten werden. Sie kann daher mit der Akquisition von Anschlußanlagen zeitiger als die übrigen Installationsfirmen beginnen, die dann ein bereits abgegrastetes Gebiet vorfinden. Zudem sind auch vornehmlich in ländlichen Gegenden die Stromkonsumenten stets geneigt, der Firma den Vorzug zu geben, die den Bau des Netzes ausführt oder die Leitung des Werkes hat. Ein weiteres Moment ist, daß für größere Stromabnehmer nicht die normalen Stromtarife gelten, sondern daß das Werk mit ihnen Sonderabkommen trifft. Ueber diese Tarifverhandlungen ist die betreffende Elektrizitätsgesellschaft ebenfalls ständig auf dem laufenden. Sie kann daher Vorprojekte, Rentabilitätsberechnungen aufstellen, ehe andere Installationsfirmen überhaupt Kenntnis von dem Vorhandensein einer Abnahmefähigkeit haben. Derjenige, der das Vorprojekt ausgearbeitet hat, hat aber einen schwer einzuholenden Vorsprung vor allen seinen Konkurrenten. Deren Projekte dienen höchstens dazu, das Vorprojekt zu verbessern oder die Preise zu drücken. Hat die betreffende Elektrizitätsgesellschaft selbst die Leitung der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung in Händen, so ist es auch nicht ausgeschlossen, daß sie bei den Verhandlungen mit den Stromkonsumenten über die Strompreise einen unmittelbaren Druck zugunsten einer gleichzeitigen Uebertragung der Anschlußanlagen ausübt.

Es ist also schwer, wenn nicht ganz unmöglich, empfindliche Schädigungen der einheimischen Industrie und des Elektroinstallationsgewerbes zu vermeiden, wenn in gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen die großen Elektrizitätskonzernie vertreten sind. Das sollten besonders diejenigen Parteien beachten, die sich sonst nicht laut genug ihrer Mittelstandsfreundlichkeit rühmen können.

Endlich besitzen die Elektrizitätsgesellschaften, die die Leitung des gemischt-wirtschaftlichen Unternehmens inne haben, auch einen großen Einfluß auf die Gestaltung der Tarife. Alle Großverbraucher elektrischer Energie, für die nicht die normalen Tarife gelten, sondern mit denen Sonderabkommen abgeschlossen werden, geraten dadurch in Abhängigkeit von ihnen.

Lohnbewegung im Schuhmachergewerbe.
Infolge der Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel in der gesamten Lebenshaltung, sehen sich die hiesigen Gehilfen gezwungen, an ihre Arbeitgeber wegen Erhöhung ihres Lohnes heranzutreten. Da die Schuhmacher mit zu den am schlechtesten entlohten Arbeiter gehören, so ist den selben eine kleine Erhöhung ihres Verdienstes wohl zu gönnen, ihr Verlangen ist nur zu berechtigt. Einsichtige Meister haben auch bereits, teils aus eigenem Antrieb, teils auf Verlangen der Gehilfen, höhere Löhne als im vereinbarten, früheren Tarif vorgesehen, bewilligt. Nach Ansicht selbst vieler Meister sind also die Forderungen wohl berechtigt. Es ist zu hoffen, daß auch die noch sich ablehnend verhaltenden Meister dies einsehen und daß das Verlangen der Gehilfen auf friedlichem Wege erledigt wird.

Sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion.
Die Mitglieder setzten nochmals auf die heute Abend punkt 7 1/2 Uhr in der „Wacht am Rhein“ stattfindende Fraktionsitzung hingewiesen. Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist dringend erwünscht.

Auf der städtischen Straßenbahn wurden im Monat März im ganzen 1 447 551 (1912: 1 303 988) Personen befördert. Die Einnahmen beliefen sich auf 124 839 Mk. (110 885 Mk.). Die Zahl der abgefahrenen Wagenkilometer betrug 314 984 (273 371). Das Ergebnis für das vergangene Vierteljahr ist: 4 142 873 (1912: 3 890 518) beförderte Personen, 860 036 Mk. (820 070 Mk.) Einnahmen, 892 931 (807 581) abgefahrte Wagenkilometer.

Seitenschwinder. Wegen Betrugs wurde ein lediger, 28 Jahre alter Schuster aus Schwarzenbach, Bayern, angezeigt, der ein Dienstmädchen durch Seitensprechen um 600 Mk. schädigte. Nachdem schon eine gemeinsame Wohnung gemietet, die Einrichtung angeschafft war, ging er kurz vor dem Termin, an welchem die Hochzeit sein sollte, von hier flüchtig und ließ seine Braut, die sich in geeigneten Umständen befindet, im Steine.

Infolge des heftigen Schneefalles brachen am Samstag nachmittag an mehreren Bäumen in der Stefaniensstraße Äste ab, wodurch der Verkehr auf dieser Straße vorübergehend gestört war. Ferner fuhr am Samstag mittag ein Radfahrer von hier, dem durch den Schneeeisurm der Ausblick erschwert war, auf der Kriegerstraße gegen einen ihm entgegenkommenden Handkarren, kam zu Fall und zog sich einen komplizierten Oberschenkelbruch zu, jedoch er mit dem Krankenauto ins städt. Krankenhaus verbracht werden mußte. — Vor dem Café Museum glitt am Samstag vormittag auf dem Schnee ein hier wohnhafter Geschäftsführer aus. Er erlitt einen Knöchelbruch und wurde mittels einer Droste nach seiner Wohnung gebracht. — Außerdem fiel ebenfalls am Samstag vormittag vor dem Hause Hirschstraße 20 infolge des Schnees ein 50 Jahre alter Passagier von hier zu Boden und erlitt einen komplizierten Knochenbruch. Auch er mußte nach Anlegung eines Notverbandes ins städt. Krankenhaus aufgenommen werden.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Großes Hoftheater Karlsruhe. Drei seit längerer Zeit nicht mehr gehörte Opern sind in die bevorstehende Woche eingestellt: für Donnerstag den 17. Donizetti's „Lucia von Lammermoor“ (letzte Aufführung im Dezember 1912 und für Sonntag den 20. Verdi's „Aida“ (letzte Aufführung im Februar 1911). Der Reich der zur Jubeljahrfeier aus dem jetzigen Bestand geplanten Aufführungen wird am Freitag den 18. die Tragödie „Benvenuto“ hier als Neuheit hinzugefügt. Die in Schwab'scher Schauspielszeit der „Genoviva“ vorangegangene „Judith“ wird anfangs Mai in den Spielplan wieder aufgenommen. Am heutigen den 14. wird mit dem Gesamtpersonal der Oper Malterbaufens „Oberst Gluckert“ in Mannheim als Austauschspiel aufgeführt. Mit einer musikalischen Neuheit Nieng's „Aubreyen“, macht das Mannheimer Hoftheater am Dienstag den 22. seinen Gegenbesuch. Hier wird heute „Das kleine Schokoladenmädchen“ und am Samstag den 19. Schillers „Jungfrau“ in Szene gehen. Die Aufführung der Geigerschen jüngsten dramatischen Werke, des „Freundlings“ und des „Wingerkes“ ist auf Donnerstag den 24. und die nächste neue Oper, Kaiser's „Stella maris“, auf Donnerstag den 1. Mai (Himmelfahrtstag) in Aussicht genommen.

Neues vom Tage.

Bingen, 12. April. Das große Holzlager der Firma Himmelsbach in Gausheim bei Bingen steht seit gestern Abend 8 Uhr in Flammen. Die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften sind ausgerückt. Das Feuer war bis 7 Kilometer sichtbar. —

Grubenunfall. Reddinghausen, 12. April. Im Grubenbetrieb des Schächtes 3/4 der Zeche General Blumenthal plakte aus unbekannter Ursache der Kessel einer Grubenlokomotive. Durch die umherfliegenden Eisenstücke wurde ein Bergmann auf der Stelle getötet, ein zweiter schwer verletzt.

Verurteilter Brandstifter. Schneidemühl, 12. April. Um seine gerüttelten Vermögensverhältnisse zu bessern hatte der Bauunternehmer und Grundstücks-Spekulant Drens in Kolmar im Januar ds. Js. sein Haus in Brand gesteckt, um die Versicherungssumme von 20 000 Mark zu erlangen. Vom hiesigen Schlichtungsgericht wurde er wegen verurteilter Brandstiftung und Versicherungsbetrug zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Schiffsunfall. Swinemünde, 12. April. Das Torpedo-Veruchsschiff „Wirttemberg“ ist gestern bei der Einfahrt in Swinemünde festgenommen. Die bisherigen Abschießversuche waren vergeblich. Heute vormittag sollen zwei Kreuzer vor das Schiff gespannt werden und man hofft, auf diese Weise die „Wirttemberg“ los zu bekommen. Das Schiff ist nicht beschädigt.

Berlin, 12. April. Nach einer heute Morgen im Reichsmarineamt eingelaufenen amtlichen Meldung ist das Linien-schiff „Wirttemberg“, das gestern im Hafen von Swinemünde bei dem heftigen Sturm auf Grund geraten war, im Laufe der Nacht wieder freigegeben. Da die Meldung nichts von irgendwelchen Beschädigungen erwähnt, ist anzunehmen, daß der Unfall harmlos verlaufen ist und das Kriegsschiff keinerlei Schaden erlitten hat.

Von der Spitzbergen-Expedition. Berlin, 12. April. Von dem Leiter der Hilfs-Expedition für die deutsche Spitzbergen-Expedition, Stargard, ist heute folgendes Telegramm am 11. April in Berlin eingetroffen: Geht die Nachricht Abenthai, daß vier Norweger am 5. April angekommen. Sie verlassen das Schiff in Treurenburg wegen Proviantmangels. Stave gestorben. Eberhardi, Höfer und Deitmers vermisst, zuletzt gesehen in Wibebei. Raabe, Nidiger am Schiff. Nidiger Fußblatt amputiert. Keine Nachricht von Schröder-Strang. Bis zum 25. März am Schiff, gehen heute nach nordwärts. Suchen nach den Vermissten.

Bootsunglück. Posen, 12. April. Vier Gutsarbeiter, die in einem schadhaften Kahn über der Lagowener See fahren wollten, gingen unter. Alle vier ertranken.

Diebstahls-Affäre. Petersburg, 11. April. Nach Wittermeldungen aus Moskau haben Arbeiter einer dortigen Silberwarenfabrik einen kunstvoll gearbeiteten Teller, auf welchem der Zar bei der Romanow-Feier Salz und Brot dargeboten werden sollte, gestohlen. Den Bemühungen der Polizei gelang es, des Diebes habhaft zu werden und den gestohlenen silbernen Teller wieder herbeizuschaffen.

Flieger-Abstürze. London, 12. April. Kapitän Pitt und Unteroffizier Evans von der Fliegerabteilung der britischen Marine, die mit einer Farman-Maschine aufgestiegen waren, um nach Goshurch zu fliegen, stürzten bei Sherness ab und erlitten schwere Verletzungen. Das Unglück wird auf Verjagen des Motors zurückgeführt.

Süenos Aires, 12. April. Der argentinische Flieger Argento stürzte aus 400 Meter Höhe ab und war sofort tot.

Eisenbahnräuber. Newhork, 12. April. In Newhio überfielen Banditen einen Zug in der Nähe von Santa Andreas. Sie täteten 8 Passagiere und raubten Silberbarren im Werte von 60 000 Dollar.

Der Balkan-Konflikt.

Wer entschädigt Montenegro? Wien, 12. April. König Nikolaus war bereit, für 20 Millionen Franken und einiges Land von der Belagerung Suturis abzustehen. Die Affäre stößt aber vorerst an der Frage, wer ihm dieses Land abtreten soll. Von seiten der Tripelentente wird daran gearbeitet, Oesterreich zur Abtretung eines Küstenstriches seines eigenen oder eines Stückes des bereits festgelegten Gebietes an Montenegro zu bestimmen. Hiesige maßgebende Stellen bezeichnen beides als unmöglich. Auch Serbien weigert sich, im Sandhaß, der ja danach allein in Betracht kommen könnte, irgend etwas von seinen Eroberungen den Montenegrinern zu überlassen. Unter diesen Umständen erklärt der König, auch das obige Geld nicht nehmen zu können und fährt fort, Suturi zu beschießen.

Um zu erschrecken, setzt man nun aus Belgrad die Nachricht in die Welt, daß Montenegro erschüttert sei und die Vereinigung der beiden Länder nahe bevorstehe. Das wird hier als blinder Alarm angesehen, da, wie man behauptet, diese Vereinigung von Oesterreich-Ungarn mit dem Einmarsch seiner Truppen beantwortet werden müßte.

Kriegskosten. Belgrad, 12. April. Bei der heutigen Verhandlung der Gesetzesvorlage über einen außerordentlichen Kredit von neunzig Millionen Dinars erklärte der Finanzminister Patjich in der Stupischina, daß hiervon dreißig Millionen bereits für Kriegszwecke ausgebracht wurden, die restlichen sechzig Millionen bedürfte die Regierung für Kriegsauslagen bis zur Demobilisierung, sowie für die staatliche Verwaltung der eroberten Gebiete. Die Demobilisierung werde erst nach der Regulierung der Grenzfrage mit den Verbündeten angeordnet werden können. Der Minister erklärte weiter, daß Serbien während des Krieges 402 000 Mann unter Waffen unterhalten habe und daß auch nach der Demobilisierung ein Teil der Armee auf Kriegszustand werde verbleiben müssen. Schließlich hob er hervor, daß die serbische Armee durch ihren bewunderten Heldenmut den Glanz der serbischen Waffen erneuert habe. Die Kreditvorlage wurde nach kurzer Debatte angenommen.

Attentat auf den König von Spanien. Madrid, 13. April. Bei der Rückkehr des Königs von der Abnahme des Fahnenbildes schloß der Schreiner Manuel Sanchez Alegret aus Barcelona auf den König, dessen Pferd am Halbe getroffen, zusammenstürzte; der König stand jedoch unverletzt wieder auf und bestieg unter großen Landgebungen des Publikums ein anderes Pferd. Der Attentäter wurde verhaftet, ebenso ein vermutlicher Mitwisser, ein Franzose.

Madrid, 13. April. Die mit einer Parade von zirka 15 000 Mann verbundene Refrutenerbewegung erregte in diesem Jahre besonderes Interesse wegen der Beteiligung marokkanischer Eingeborener. Umso stärkeren Eindruck machten die seit mehreren Tagen umgehenden Gerüchte, daß für heute ein Attentat auf den König geplant sei, jedoch unter der Zuschauermenge begreifliche Aufregung herrschte. Nach beendigter Parade, die auf dem Paseos stattfand, ritt der König an der Spitze der Leibgarde über die Calle Alcalá zurüd. Als er vor der ersten Seitenstraße angelangt war, sah er dort ein Individuum auf faum fünf Meter Entfernung einen Revolver auf ihn anlegen. Er riß das Pferd zurüd, das der zweite von zwei abgegebene Schüssen am Halsansatz knap vom Unterleib des Königs traf, nachdem der erste Schuß im Fehlgang den Handschuh des Königs verengt hatte. Der König stieg von dem sich bäumenden Pferde ab, um jedoch alsbald wieder auf ein anderes Pferd zu steigen. Umstehende nahmen den Attentäter fest, der noch einen Polizisten durch einen dritten Schuß leicht verletzte.

Ueber die sonstigen Einzelheiten geben die verschiedensten Lesarten um, so über die Schuld oder Unschuld des mitverhafteten Franzosen und anderer angeblich Verhafteten. Die beiden Verhafteten wurden mit Mühe gegen Lynchversuche geschützt. Alegret hat sich als Anarchist bekannt. Er war aus Frankreich ausgewiesen und der hiesigen Polizei signalisiert worden und zwar ganz ähnlich wie der Mörder Canalejas.

Ein Komplott? Madrid, 13. April. Die Untersuchung bei Alegret er-gab, wie verlautet, belastende Dokumente, durch die das Attentat den Charakter eines Komplotts erhalten soll. Der verhaftete Franzose Paol ist früher Lehrer der hiesigen Volkshochschule gewesen. Es befindet sich, daß eine Anzahl weiterer Verhaftungen vorgenommen wurden. Man erinnert daran, daß das Attentat fast an der gleichen Stelle wie General Prim's Ermordung stattfand.

No 8

Ein fo P

Berli Reichstag dem Reich die Ne ten un hen Wal Wahlver kreise

Magd französ gälisch Behrvo sprechen Perfam 6 ten.

Bres ler erga kriebe die Not lust un len über

Deut ten 1500 hresche Streiff

Par Eie n nungsji Dienstj militär teien an

Die rube he Peto Luffen des Ge verurte Stelle Dea

Sta Arbeit

5 ja 1 ja 4 Bim 2 Mil 1 Pol 3 ja 10 ja 2 Da 1 Zeu 5 Ba 1 Me 2 Ge 4 ja 5 Pla

zum 15

Wagen 5 Wa zahnte 1 Fär schir 4 Sch mader Schub 1 Hof 1 Stel 2 Sch 4 Kau

9

1 2 Me binde 2 Mi 2 Ed feger 7 Mel

schlof Mau die and glüt

Ma

Ein sozialem. Antrag auf Einführung der Proportionalwahl zum Reichstag.

Berlin, 12. April. Die Sozialdemokraten brachten im Reichstag einen Antrag ein, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der für die Reichstagswahlen zum Schutze der Minderheiten und zum Zweck der wirklichen Durchführung des gleichen Wahlrechts die Verhältniswahl und eine diesem Wahlverfahren entsprechende Gestaltung der Wahlreise einführt.

fort mit Sprachenparagrafen.

Magdeburg, 12. April. Der Polizeipräsident hat dem französischen Abgeordneten Compere-Morel, der in zwei sozialistischen Demonstrationen gegen die Behrvorlage und über den Chauvinismus in Frankreich sprechen wollte, jede Beteiligung an öffentlichen politischen Versammlungen im Regierungsbezirk Magdeburg verboten.

Drohender Bergarbeiterstreik.

Breslau, 12. April. Die Lohnbewegung der Bergarbeiter ereignet sich ganz Oberschlesien. Täglich finden im Industriebezirk Versammlungen statt, in denen von den Führern die Notwendigkeit eines Streiks betont wird. Die Streikluft unter der Arbeiterschaft ist sehr groß. Im ganzen wohnen über 100 000 Mann streifen.

Deuthen, 12. April. Auf der Gieschewaldgrube kündigten 1500 Bergleute zum 17. April. Die Bergverwaltung ihrerseits kündigte 150 Bergleuten, hierunter sämtlichen Streikführern.

Protest gegen den Militarismus.

Paris, 12. April. Der Kongreß des nationalen Eisenbahner-Syndikats nahm in seiner Eröffnungsitzung einen Beschlusantrag gegen die dreijährige Dienstzeit, den Militärschulungswahnsinn und die rückschrittlichen militärischen Treibereien der bürgerlichen Parteien an.

Die Wehrpflicht in England.

London, 12. April. Ein Versuch, das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht im Parlamente zur Anerkennung zu bringen, wurde gestern von den Konservativen gemacht. Der Abgeordnete Sandys brachte einen Gesetzentwurf ein, der allen achtzehnjährigen Männern die Pflicht auferlegt, vier Jahre in der Territorialarmee zu dienen, da nach dem Antrage nur die jetzt nicht hinreichend gefüllten Cadres der Territorialkorps ihre volle Stärke erhalten sollen. So würde man bei weitem nicht alle Pflichten erfüllen und könnte einen hohen Stand der Wehrfähigkeit innehalten.

Der Kriegsminister Seeley räumte ein, daß die Territorialarmee nicht ganz hinreichende im gewissen Sinne ein Mißerfolg sei, hielt aber die Vorteile des freiwilligen Systems für so entscheidend, daß er den Antrag ablehnte. Letzterer kam nicht zur Abstimmung, da der Sprecher des Hauses die Cloture ablehnte. Die Bill wurde deshalb „totgeredet“ und ist, da kein fernerer Tag zur Fortsetzung der Debatte eingeplant wird, erledigt.

Wasserstand des Rheins.

14. April. Schusterinsel 1.63 m, gest. 5 cm, Rehl 2.00 m, gest. 5 cm, Maxau 4.06 m, gest. 16 cm, Mannheim 3.20 m, gest. 10 cm.

Briefkasten der Redaktion.

Deutscher Turner. Sie sind im Irrtum, wenn Sie meinen, daß, weil Ihr Verein nicht offiziell dem Jungdeutsches Landbund beigetreten sei, gehört er diesem auch nicht an. Die Deutsche Turnerschaft gehört als solche mit ihrem reaktionären Kern höchst an der Spitze dem Jungdeutsches Landbund an und da Ihr Verein Mitglied der Deutschen Turnerschaft ist, so gehört er ebenfalls ohne weiteres dem Jungdeutsches Landbund an. Wenn man Ihnen also etwas dergleichen vorschlagen sollte, so ist das „Nichtmitgliedschaft“ Ihres Vereins, so ist das Schwindel. Es gibt da auch für Sie nur eine Konsequenz: Eintritt in die Deutsche Turnerschaft.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

S. L., Mellingen. Wenn der Lehrling nur freien Unterhalt, keinen Lohn bezieht, ist er nicht versicherungspflichtig. § 1227 N.O. bestimmt ausdrücklich: Eine Beschäftigung, für die als Entgelt nur freier Unterhalt gewährt wird, ist versicherungsfrei.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei und Letzte Nachrichten: Wilhelm Koll; für Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Aus dem Lande und Neues vom Tage: Hermann Kadel; für Kommunalpolitik, Aus der Stadt und Heilbronnen: Hermann Winter; für die Inserate: Karl Fiegler, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Baden-Baden. (Sozialdem. Verein.) Die durch ein Mißerständnis auf 14. April angesetzte Mitgliederversammlung findet erst am 21. April statt. 877.



Unsere Marine die 2. Cigarette

Georg A. Fasmatsel A.-G. Dresden Größte deutsche Cigarettenfabrik

Die Strafkammer I des Grobß. Landgerichts Karlsruhe hat am 18. Oktober 1912 für Recht erkannt: Peter Berwin aus Paris, wohnhaft in Karlsruhe, Luisenstr. 33a, wird wegen unehrlichen Wettbewerbs, § 4 des Gesetzes, zu einer Geldstrafe von Dreihundert Mark verurteilt. Im Falle der Unbeibringlichkeit tritt an die Stelle von je 10 M. ein Tag Gefängnis. Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Karlsruhe, den 10. April 1913.

Der Grobß. Staatsanwalt II: Rudmann. 859

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe. Zähringerstrasse 100. Telefon 629. Wir suchen zum sofortigen Eintritt für: Hier: 5 jg. Gärtner, 1 jg. Buchbinder auf Geschäftsblätter, 4 Zimmerapeziere, 2 Militärattler, 1 Polsterer, 3 jg. Metzger, 10 jg. Schneider, 2 Damenschneider, 1 Feuerschmied, 5 Bauhölzer, 1 Metallgussputzer, 2 Elektromonteur, 4 jg. Wagner, 5 Plattenleger. Auswärts: 366 5 jg. Gärtner, 8 jg. Sattler und Tapeziere, 1 Zimmerapeziere, 2 Polsterer, 2 jg. Bäcker, 10 Schneider, 2 Uniformschneider, 6 jg. Huf- und Wagenschmiede, 10 Bauhölzer, 5 Konstruktionschlosser, 2 Fahrradreparateure, 10 Wagner, 10 Kassenmacher, 1 Uhrmacher, 1 Drahtflechter, 2 Orgelbauwerkmeister, 5 jg. Möbelwerkmeister, 5 Holzmaschinenarbeiter, 1 Drechsler, 3 jg. Küfer, 5 Steinbrecher und Klempner, 5 Plastersteinarbeiter, 10 jg. Landw. Arbeiter u. Anechter.

Sonder-Preise Bis Mittwoch Kurzwaren Bis Samstag Teppiche Hermann Tietz

Colosseum Waldstr. 16/18. Tel. 1992. Job's lustige Bühne Heute Montag Vorletzte Auführung von Schieber Der Gipfel der Komik! Ab Mittwoch d. 16. April Mein Bruder, das'n Luder

Schnurrebart! „Margonall“ unterstützt den Haar- u. Bartwuchs mit wunderbarem Erfolg. Ist ein unerreichbares Haar- u. Bartwuchsmittel. Styrig Stärke 1 Mark 2.-, II Mark 3.-, extra stark III Mark 4.-, Porto 20 Pfg., Nachnahmeporto extra. 5540 S. Kaltenbach, Straßburg i. Elß., Fergasse. Sghäl-Eigenhaugen ca. 6 Fektimeter von 7-9 cm mittlerer Durchmesser und ca. 4 Fektimeter von 5-6 cm mittlerer Durchmesser und 3 7 m Länge werden zu kaufen gesucht. 281 Schriftliche Angebote wollen bis 19. April, vormittags 9 Uhr, anher eingereicht werden. 281 Karlsruhe, 9. April 1913. Städt. Gartendirektion Karlsruhe (Baden).

Extra-Angebot. Anzüge von 6.- M. an, Herberlicher 3.- sowie Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weitzug, laufen Sie immer billigt bei 8298 Arnold Schab, Zähringerstraße Nr. 34. Große Posten bessere Herrenkleiderstoff-Reste sowie Loden- und Costüm-Reste sind enorm billig abzugeben. Kaiserstr. 133, 1. Et. hoch Ede Kaiser- und Kreuzstraße Eingang bei der kleinen Kirche. Kinderliege- u. Schwagen gut erhalten, zu verkaufen. 831 Preis 10 M. - Vetterheim, Maria-Alexandrastr. 13, 2. Et. mit Niederstellen billig abzugeben. Luisenstr. 67 L.

Lehrlinge gesucht zum sofortigen und späteren Eintritt und zwar für Karlsruhe: 12 Gärtner, 2 Kupferschmiede, 5 Goldarbeiter, 4 Huf- und Wagenschmiede, 2 Bauhölzer, 6 Wächner und Installateure, 6 Wagner, 8 Tisch- und Drahtflechter, 2 Zahntechniker, 1 für zahntechn. Laboratorium, 1 Musikinstrumentenmacher, 2 Uhrmacher, 1 Häbber, 2 Buchbinder, 16 Tapeziere und Dekorateur, 2 Geschütz- und Wagensattler, 8 Zimmerapeziere, 3 Posamentiere, 4 Schreiner, 1 Holzbildhauer, 1 Holzdreher, 2 Küfer, 1 Bürstenmacher, 20 Bäcker, 4 Konditoren, 15 Metzger, 8 Schneider, 10 Schuhmacher, 18 Friseur, 24 Maler, 1 Wagenlackierer, 8 Glaser, 1 Hafner, 2 Kürschner, 1 Milchsieder, 1 Hefe, 1 Keramiker, 1 Steinbruder, 1 Lithograph, 1 Graveur, 3 Cementgraphen (Wegner), 2 Schriftsetzer, 2 Buchdrucker, 5 Fotografen, 5 Kellner, 2 Köche, 4 Kaufleute, 2 Elektrotechniker.

Lehrmädchen: 9 Verkäuferinnen, 3 Putzfrauen, 2 für Friseurgeschäft. Nach auswärts: 14 Gärtner, 1 Steinhauer, 10 Huf- und Wagenschmiede, 2 Wächner und Installateure, 1 Tisch- und Drahtflechter, 2 Buchbinder, 2 Tapeziere und Dekorateur, 2 Sattler, 4 Schreiner, 2 Küfer, 1 Bürstenmacher, 5 Bäcker, 9 Metzger, 3 Schneider, 2 Schuhmacher, 5 Friseur, 5 Maler, 3 Wagenlackierer, 1 Oefenbauer, 1 Uhrmacher, 3 Kaminlehrer, 1 Buchdrucker, 1 Steinbruder, 7 Kellner, 1 Koch. Lehrstellen suchen: Mechaniker, Feinmechaniker, Elektrotechniker, Maschinen-schlosser, Werkzeugmacher, Eisen- und Metallbrecher, Steinhauer, Maurer, Kaufleute. Die Lehrstellen sind teils mit, teils ohne Kost und Wohnung (die auswärtigen sämtlich mit Kost und Wohnung). Wo Kost und Wohnung nicht gewährt wird, erhält der Lehrling eine Vergütung. Möglichst baldige Anmeldungen werden erbeten an das Städt. Arbeitsamt Karlsruhe Zähringerstrasse 100. Räumliche Abteilung Tel. 629. Weibliche Abteilung Tel. 949.

Aufruf für den auf Montag, 5. Mai in Aussicht genommenen VIII. Kinderhilfssttag

unter dem Protektorat Ihrer königlichen Hoheit der Frau Prinzessin Max. Zugunsten der Abteilung VI des Badischen Frauenvereins (Säuglingsfürsorge) bedürfen wir auch dieses Jahr wiederum einer großen Zahl junger Sammlerinnen. Im Hinblick auf den guten Zweck der Sammlung, die Erhaltung von Leben und Gesundheit der Hilfe und Schutz bedürftigen Säuglinge, richten wir auch diesmal wieder an die hiesigen jungen Mädchen aller Stände die herzlichste Bitte, uns ihre opferwillige Mithilfe nicht zu versagen und hoffen auf eine rege Beteiligung. Persönliche Anmeldungen wird Frau Tobias, Kriegstr. 109, 2. Stock, täglich von 1 bis 3 Uhr, schriftliche jederzeit gerne entgegennehmen. Die Abteilung VI des Badischen Frauenvereins (Säuglingsfürsorge).

Lüchtiger Rock-Schneider

Der sofort auf Werkstatt gesucht.
Veit Groh & Sohn
Kaiserstr. 114.

Lüchtiger Großstück-Arbeiter

Für Zivill auf Werkstatt oder außer dem Hause sofort gesucht.
Schröder & Fränkel
Kaiserstraße 211. 380

Hosen-schneider

möglichst verheiratet, in oder außer dem Hause, kann sofort eintreten bei
Valentin Drach
Douglasstr. 26, 2. St.

Bir suchen zur Unterstützung und Vertretung unserer

Oberwäscherin

eine kräftige jüngere Frau, die sich für die Bedienung der Waschmaschinen eignet.
Karlsruhe, den 11. April 1913.
Städt. Krankenhaus.

Sozialdemokr. Partei Offenburg.

Montag den 14. April, abends 8 Uhr, in der „Mischel-halle“

Protestversammlung.

Thema:
Der Rüstungswahnsinn und seine Folgen.
Referent: Reichstagsabg. **F. Peiretes** aus Straßburg.
Zum Massenbesuch der Versammlung ladet freundlichst ein
Die Parteileitung.

Bekanntmachung.

Zur Herstellung, Erweiterung oder Abänderung von Installationen zum Anschluß an das städtische Elektrizitätswerk sind ausschließlich folgende Firmen berechtigt:

- a) für elektrische Beleuchtungs- und Kraftanlagen:
1. Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin, Ing.-Büro hier, Kaiserstraße 130. Telefonruf Nr. 28 u. 2714
 2. Meyer, Alexander, Waldstraße 77. Telefonruf Nr. 1544
 3. Wischhoff & Henkel, G.m.b.H., Mannheim, Ing.-Büro hier, Südenstr. 29. „ „ 1757
 4. Fütterer, Adolf, Akademiestr. 23. „ „ 1631
 5. Grund & Oehmichen, Waldstr. 26. „ „ 520
 6. Häfner, Karl, Ludwig-Wilhelmstr. 11. „ „ 389
 7. Rath, Valentin, Ruitstraße 18. „ „ 2787
 8. Sanfteln, Georg, techn. Bureau für Elektrotechnik und Maschinenbau, Süßkirchstraße 18. „ „ 355
 9. Lipp, Wilhelm, Leisingstraße 47. „ „ 1328
 10. Maier, Gottfried, Körnerstraße 55. „ „ 241
 11. Maier, Friedrich, Gartenstraße 8. „ „ 2661
 12. Maschinenfabrik Gillingen, elektrot. Bureau, Karlsruhe, Söfenstr. 37. „ „ 444
 13. Mecklenburg, Richard, Akademiestr. 18. „ „ 2035
 14. Neff, August, Carl, Kaiserstraße 225. „ „ 3023
 15. Petersen & Wittmann, Kurvenstr. 21. „ „ 975
 16. Rheinische Siemens Schuckertwerke G.m.b.H., techn. Bureau, Velfortstr. 3. „ „ 130 u. 758
 17. Schledde, Wilhelm, Erbprinzenstr. 8. „ „ 1898
 18. Stoll & Co., Mannheim, Ing.-Büro Neue Bahnhofstraße 3. „ „ 775
 19. Weich, Hermann, Kaiser-Allee 137. „ „ 848
- b) für elektrische Signalanlagen:
1. Adolf Denzler & Sohn. „ „ 2008
 2. Frankinger, J. W., Desmechaniker und Optiker, Kaiser-Passage 1. „ „ 1075
 3. Siemens & Halske, Akt.-Ges., technisches Bureau, Velfortstraße 3. „ „ 130 u. 758
 4. Süddeutsche Telefon- und Telegraphenwerke, Inhaber Ernst Goedeler, Welfendstraße 29. „ „ 619
- c) ferner sind zugelassen zur Aufhängung von Beleuchtungskörpern:
1. Emil Schmidt & Comp., Geibelstr. 3. Telefonruf Nr. 70
 2. Schwarz, Karl, Install.-Geschäft, Kaiserstraße 150. „ „ 56
 3. Weich, Wilh., Maschinenfabr., Steinstr. 14. „ „ 2161
- Ankünfte in technischen Angelegenheiten, zu welchen auch das Anbringen und Wiederentfernen von Elektrizitätszählern gehört, erteilt das städtische elektrotechnische Amt, Kaiser-Allee 11 (Verwaltungsgebäude II).
Karlsruhe, den 12. April 1913. 368

reaktion der städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Beachten Sie diese billigen Preise!

Fst. Weizenmehl 10 Pfd.-Sack 205 ₰ 5 Pfd.-Sack 108 ₰	Schnittbohnen 2 Pfd.-Dose 30 ₰ 1 Pfd.-Dose —
Bouillon-Würfel 10 Stück 18 ₰	Junge Schnittbohnen 35 ₰
Würfelzucker 5 Pfd.-Pack 115 ₰	Gemüse-Erbesen 42 ₰ 26 ₰
Kakao, garant. rein Pfund 68 ₰	Erbesen mit Karotten 58 ₰ 32 ₰
Lindt-Chocolade Pfund 230 ₰	Spargel-Unterenden 60 ₰ 35 ₰
Fruchtbombon-Abfall Pfund 36 ₰	Brechspargel, extra stark 145 ₰ 78 ₰
	Stangenspargel 145 ₰ 78 ₰
	Mirabellen 65 ₰ 37 ₰
	Gemischte Früchte 90 ₰ 50 ₰
	Pflaumen 48 ₰ 29 ₰
	Preiselbeeren 65 ₰ 38 ₰
	Junge Karotten 1/2 Dose 38 1/2 Dose 24 ₰
	Junger Kohlrabi 1/2 Dose 35 ₰
	Tomaten-Püree 2 Pfd.-Dose 45 ₰
	Rote Rüben 2 Pfd.-Dose 38 ₰
	Gemischte Marmelade 5 Pfd.-Eimer 105 ₰
	Zwetschgen-Mus 5 Pfd.-Eimer 105 ₰

Geschw. KNOPF.

Residenz-Theater Waldstr. 30.

Heute 873

das gewaltigste, wunderbarste u. bedeutendste kinematographische Schauspiel nach dem bekannten Roman von Scienkiewicz

„Quo Vadis“

Drama aus der Zeit der Christenverfolgung in 6 Akten.
Spieldauer ca. 2 Stunden. 3000 Mitwirkende.

Einladung.

In der Zeit vom 13. bis mit 17. April d. J. findet im Gewerbeschulgebäude, Zirkel 22, eine

Ausstellung

von Lehrlingsarbeiten statt.
Die Ausstellung ist geöffnet am Sonntag, den 13. April, von vormittags 11 bis abends 6 Uhr, und an den Werktagen von 12 bis 4 Uhr.
Wir beehren uns, die k. k. Staats- und Gemeindebehörden, die Angehörigen und Lehrmeister der Schüler, sowie alle Interessenten zur Besichtigung der Arbeiten ganz ergebenst einzuladen.
Karlsruhe, den 7. April 1913.
Der Gewerbeschulvorstand:
Rektor R. Kuhn.

Frisch eingemachtes

Filder-Delikatess-Sauerkraut

sowie

la. Dürrfleisch

ist wieder in allen Filialen erhältlich.

Gehr. Hensel

Hoflieferanten. 362

Kindergarten

mit Mädeln
liegen und sitzen, billig zu verp.
Morgenstr. 16, part.

Verein Volksbildung.

Zu dem Mittwoch, den 16. April stattfindenden **Sinfoniekonzert** der Bad. Weisgrenadier-Kapelle sieben unseren Mitglieder wieder Karten zu ermäßigten Preisen zur Verfügung (60 und 25 Pf. statt 80 und 40 Pf.).
Sonntag, den 20. April findet dank dem gütigen Entgegenkommen der Königl. Würthg. Saline Friedrichshall, unter Führung des Herrn Prof. Paulke eine **Exkursion** statt nach **Rochendorf in den Schacht des Salzbergwerkes König Wilhelm II.**
Abfahrt Karlsruhe 5.40 Uhr über Eppingen nach Heilsbrunn-Rochendorf. Vormittags Einfahrt in den Schacht. Nachmittags Besichtigung der Umgebung von Heilsbrunn.
Anmeldungen zur Exkursion nimmt die Geschäftsstelle täglich bis eingeschlossen **Freitag, den 18. April** entgegen. Datselbst sind für Hin- und Rückfahrt zc. M. 4.— zu hinterlegen.
Vorbesprechung zur Exkursion Freitag den 18. April, abends 8 Uhr, im Hörsaal des geologischen Instituts der Technischen Hochschule.
Geschäftsstelle des Vereins Volksbildung
Akademiestraße 67.
Geschäftsstunden 2—4 und 1/27—1/28 Uhr.

Wirtschafts-Übernahme.

Zeige dem hiesigen und auswärtigen Publikum ergebenst an, daß ich die

Wirtschaft „zum Löwenbrankeller“

Sofienstraße 87, übernommen habe und empfehle hochfeine Export- und Lagerbiere, seine Weine, reichhaltige Speisekarte, Mittags- und Abendessen, hausgemachte Wurstwaren. 565

Hochachtungsvoll
Albert Seibel, Metzger und Wirt.
Gleichzeitig empfehle ich meine Regelbahn zur gefl. Benützung.
D. D.

Städt. Arbeitsamt
Gesucht
werden: 1. Abteilung für häusl. Dienstmädchen.
Berrichsfräulein, Mädchen, die bürgerlich kochen können,
Mädchen für Hausarbeit und zum Anlernen,
Zimmermädchen.
2. Abteilung für Wirtschafts-personal.
Restaurationsköchinnen, Köchfräulein,
Haus- und Küchenmädchen.
Stellen suchen:
Küchengefs, Köche,
Restaurations- und Saalkellner,
Aushilfskellner. 273

Städt. Arbeitsamt
Zähringerstr. 100. Telef. 949.

Möbel

aller Art laufen Sie am billigsten in enormer Auswahl bei
Jos. Kirmann,
Herrenstraße 40. 68
Lager in 5 Stockwerken.
NB. Ansicht ohne Kaufzwang.

Hunde-Verfeigerung.

An Dienstag den 15. April ds. Jrs., vormittags 11 Uhr werden im städtischen Hundezwinger, Schlachthausstraße 17, folgende herrenlose Hunde öffentlich versteigert:

1. Voger, gestromt, männlich.
2. Forstrierer, weißlich, weiß mit schwarz und braunen Abzeichen.
3. Spaniel, männlich, weiß mit braunen Abzeichen.
4. Deutscher Schäferhund, männlich, ca. 1/2 Jahr.
5. Bologneser Kreuzung, männlich, ca. 2 Jahre. 280
6. Buldogge, gestromt, männlich.

Karlsruhe den 8. April 1913
Städt. Schlachth. u. Viehhof-direktion.

Wilh. Eckert,
Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in **Taschen- u. Wanduhren- Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar. M. 12.—27. Wissen u. Zwickau.**

Berkaufe fortwährend gut erhalt. Herren- und Frauenkleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacher-Werkstatt. 10
Frau Streckfuß Durlacherstraße 79.

die f
zwin
mitt
welch
des l
Mitte
tung
Boli
Bere
Regi
nach
U
ihren
Mohr
zur
ständ
Die
fernt
sinnu
der
Fried
die
Schu
ersch
zu b
beret
die
fähr
bestä
die
fion
nisse.
A
punk
nicht
welch
Führ
welch
milie
den
entzi
bung
und
Begr
Arm
Redr
den
kung
abge
die
fähr
fa
in d
einzu
ju n
A
unbo
Aufst
Allg
Entn
Berh
Nage
deuti
her
deln
liege
Mili
wora
polit
A
Bere
gefu
beric
leid
Mili
den
steb
A
zwin
tenst
A
erbl
keit
Die